



Was bringt mir die Kirche?

Vor kurzem kam ein Soldat zu mir in die Sprechstunde, der in allernächster Zeit aus der Bundeswehr ausscheiden wird. In dieser Übergangszeit beschäftigte er sich nicht nur mit der Frage, was aus ihm beruflich werden wird. Vielmehr trieb ihn die Sorge um seine Familie um: Wo werden wir leben? Wo und wie wohnen? Wird sich die Frau im neuen Wohnort wohlfühlen? Wie wird das Kind den anstehenden Schulwechsel verkraften? Wird das Geld reichen, wenn ich vorübergehend weniger oder vielleicht sogar nichts verdiene?

Diese Frage trieb ihn zu mir. Er wollte, so begann er das Gespräch, doch einmal wissen, was ihm die Kirchenmitgliedschaft nütze – denn er überlege, um die Umbruchssituation abzdämpfen, vorübergehend aus der Kirche auszutreten, um sich so die Kirchensteuer übrig zu behalten. Dabei sei er auf die Frage gestoßen: Was passiert mit meinem Geld? Vielleicht braucht die Kirche es so dringend, dass ich nicht austreten sollte ...

Die Frage hat mir gefallen. Gewiss, aus ihr spricht das heutige, marktwirtschaftliche Denken – man mag es anprangern, man mag es für nicht gut heißen, aber wir kommen nicht darum herum, dass immer mehr Menschen auch im für die Kirche aufgeschlossenen Umfeld so denken und argumentieren. Was also konnte ich dem jungen Mann antworten? Ich stellte die seelsorgerlichen Tätigkeiten der Kirche dar, das flächendeckende Angebot an Gottesdiensten, auch an Kasualien in der Lebensbegleitung der einzelnen Menschen, ihr diakonisches Engagement zum Beispiel im Hinblick auf die Kindergärten, nicht zuletzt auch die bauli-

chen Herausforderungen, die in vielen kleinen Gemeinden zu bewältigen sind. Mir lag einfach daran zu zeigen, dass natürlich der Staat viel hinzu gibt, gerade in Schule und Diakonie, dass der Ausfall eines einzelnen Kirchensteuerbeitrags angesichts des Gesamtvolumens in der Landeskirche verschwindend gering ist ... dass also der einzelne kleine Beitrag wenig verändert. Zugleich wollte ich ihm aber auch deutlich machen, dass die Kirche schwere Zeiten durchmacht. Ich wollte ihm deutlich machen, wie sehr es für und in der Kirche hilfreich ist, dass angesichts der vielen finanziellen Probleme eins deutlich wird und bleibt: die Kirche hat Zukunft. Wir brauchen nicht zu verzagen. Es wird – gut weitergehen. Dazu braucht es einen Beitrag, der auch finanziell deutlich wird. Ob ich dieses Anliegen dem jungen Mann erfolgreich mit auf den Weg geben konnte?

Mich treibt die Sorge um. Nicht, dass ich es vielleicht doch nicht geschafft habe, ihm deutlich zu machen, dass sich sein (finanzielles) Engagement für die Kirche bezahlt macht. Sondern, ganz anders – die Qualität meiner Argumente hat mich erschreckt: Auf soziales Engagement der Kirche konnte ich (schnell, einfach, am überzeugendsten) abheben. Glauben – sowohl inhaltlich als auch von der Möglichkeit, den eigenen Glauben zur Sprache zu bringen – kam für mein Empfinden zu kurz.

Vielleicht wird mein Anliegen deutlicher, wenn ich anders herum beginne: Da ist eine knapp dreißigjährige Frau aus der Kirche ausgetreten. Sie ist von der Familie gebeten worden, die Patenschaft für ihre Nichte zu übernehmen. Eine Aufgabe, unter der sie sich etwas

Inhalt

■ Artikel

Hans Joachim Gonser,
Was bringt mir die Kirche? 49

Dr. Hans Jürgen Luibl,
Gott, Europa und die Kirchen 51

Gottfried Lindenberg,
Der Erde ihre Sabbate
wieder geben! 54

Martin Ost,
Liebe Leserin, lieber Leser 61

Dr. U. Schneider-Wedding,
Zwangs-Beseelsorgerung 55

PfarrerInnenverein,
Einladung zur Frühjahrstagung 51

■ Aussprache

Ernst Zuther,
Dialog wenig aussichtsreich 57

Dr. Holger Forssmann,
Keine Alternative zum Dialog 57

Herwig Herr,
Vom Bildersturm
zum Schildersturm 58

Dr. Volkmar Görnitz,
Gott schickt jede Obrigkeit 58

Johannes Münderlein,
Die rechte Überschrift 59

Wolfgang Janowsky,
Ländliches Dekanat:
Kreativität gefragt! 59

Friedrich Gunsenheimer,
Odelfränkisch 60

Horst Wagner,
Mit Collar und Clubschal 61

■ Bericht

Gerhard Nemeč,
Jesus Christus –
Mitte der Kirche 61

■ Ankündigungen 64

vorstellen kann. Eine Aufgabe, der sie sich stellen möchte, die sie herausfordert, der sie begegnen will, an der sie wachsen will. Freilich sehen unsere kirchlichen Richtlinien nicht vor, dass jemand, der ausgetreten ist, das Patenamts übernehmen kann. »Sie kann ja wieder in die Kirche eintreten!« ist eine Antwort, die man oft auf dieses Problem hin hört. Entsprechend begann ich sie zu befragen, was sie denn davon abhalte, die Nähe der Kirche zu suchen. Geantwortet hat sie – für mich – überraschend: Sie hat erzählt, wie ihr von Gott erzählt worden ist – und davon, dass sie so nicht glauben kann bzw., dass sie ursprünglich so glaubte, dann aber, in der späten Pubertät und als junge Erwachsene das kritisch zu sehen gelernt hat. Ihre Fragen konnte sie nur unbeholfen stellen. So stand etwa Schöpfungsglaube und Evolutionstheorie unvermittelt in ihrem Denken nebeneinander, und sie war geneigt, mit Entweder / Oder davon zu reden. Dialektisches, Paradoxien aushaltendes Denken oder ein Denken, indem auf den ersten Blick Widersprüchliches als trotzdem gleichwertiges, gleichen Anteil an der Wahrheit vermittelndes Wissen um die Tiefe des Lebens ausgedrückt werden kann – solche »anderes« als schulisch-naturwissenschaftliches, anerzogenes Denken war ihr fremd.

Keineswegs fremd waren ihr jedoch Lebenserfahrungen und daraus resultierende Fragen nach einem tieferen Sinn, umfassenderen Grund, festem Halt. Im Gegenteil, obwohl sie aus der Kirche ausgetreten war, lag ihr sehr an dem Anliegen des Glaubens, Schutz und Segen für das Leben zu erwarten, zu erbitten und zu bekommen. Im Gegensatz zur klassischen Kritik an der Kirche hatte sie mit der Kirche als solcher wenig Schwierigkeiten. Auch mit vielen Pfarrern hatte sie gute Erfahrungen gesammelt. Doch hatte sie offensichtlich große Schwierigkeiten, die Gottesfrage und ihr in der empirischen Anschauung und Kritik geschultes Denken zusammenzubringen – es fiel vielmehr ständig auseinander, an welcher Frage sie sich auch abmühte.

»Sie kann ja wieder in die Kirche eintreten!« ist eine Antwort, die man oft auf dieses Problem hin hört. Ich hatte sie seinerzeit auch gefragt, was sie denn behindere, sich der Kirche wieder zuzuwenden und sie auch finanziell wieder zu unterstützen. »Das Geld ist es bestimmt nicht!« antwortete sie, die seinerzeit wegen des Solidaritätszuschlags

als äußerem Grund ausgetreten war. »Ich weiß immer noch nicht so recht, ob es Gott gibt und wie ich ihn mir vorstellen soll ... auch wenn unser Gespräch interessant und aufschlussreich war.«

Diese Antwort gefiel mir – sie war authentisch und hat mich überzeugt. Nachdem die junge Frau auch bekundet hat, angesichts eigener Partnerschaft und Heiratsplänen sich sehr intensiv mit der Kirche zu befassen und einen Wiedereintritt zu erwägen, habe ich mit ihr als Patin in die Taufe eingewilligt (wofür ich kirchenaufsichtlich die entsprechende Tracht Prügel bezogen und eingesteckt habe – aber das ist ein anderes Problem). Vielleicht bin ich nur der gutmütige Trottel, der auf ihre Argumentation hereingefallen ist. Vielleicht – und das ist meine Hoffnung – entwickelt sich eine sehr ernst zu nehmende, tragfähige Beziehung zwischen Kind und Tante. Und die Tante kommt in die Verlegenheit, dem Kind Glaubensfragen zu beantworten, die sie selbst einmal für nicht beantwortbar gehalten hat. Vielleicht schärft sich so ihr Gottesbild, indem sie eigene Antworten auf die Gottesfrage hin nach Glaubwürdigkeit abtastet.

»Sie kann ja wieder in die Kirche eintreten!« – »Das Geld ist es bestimmt nicht!« »Ich weiß immer noch nicht so recht, ob es Gott gibt und wie ich ihn mir vorstellen soll ... auch wenn unser Gespräch interessant und aufschlussreich war.« Diese Antwort gefiel mir – sie war authentisch und hat mich überzeugt: Auch deswegen, weil es meines Erachtens ebenso eine Bringschuld der Kirche gibt, wie es eine Komm-Schuld derer gibt, die wieder eintreten wollen / (nicht) können. Denn es sagt sich leicht, sie können jederzeit wieder eintreten, aber es ist sehr viel Arbeit damit verbunden, die Menschen auf ihrem Glaubensweg durch das Leben zu begleiten, Trennung auszuhalten, Wiedersehen zu feiern, Fragen standzuhalten, Suchen aufzunehmen.

Anders gesehen, scheint es mir nahe liegend, wenn viele Menschen in der Zeit des jungen Erwachsenenalter sich von der Kirche entfernen bis zum Austritt hin: Es ist Ausdruck des kritischen Hinterfragens überkommener Weisheiten. Wenn dann noch hinzukommt, wie mancher Religionsunterricht einfach nicht stattfindet (»Lehrermangel« in Religion im Bayern der 80er Jahre war geradezu Legion; Beerdigungen sind für manche Pfarrer in der Schule auch heu-

te willkommener Grund, dieses zugegeben mühsame Geschäft schleifen zu lassen) – wer will es den jungen, mehr oder weniger aufgeschlossenen, mehr oder weniger fragenden Menschen verübeln, wenn sie sich zuerst innerlich, dann auch äußerlich von der Kirche und den Fragen nach Gott entfernen?

Auf der anderen Seite hat der / die junge Erwachsene nach einer solchen Karriere von (je nach Situation vor Ort) wenig intensivem Religionsunterricht und Kirchenaustritt nichts, auf das er oder sie zurückgreifen können, wenn sie bzw. er dann als Pate / Patin bzw. Elternteil sowohl in der religiösen Erziehung gefordert wird als auch sich selbst die eine oder andere Frage nach Gott stellt. Insofern wäre ein Ort hilfreich, an dem Kirche und werdende PatIn bzw. Elternteil selbst diese Fragen durchbuchstabieren könnten, bevor sie von den zu erziehenden Kindern gleich noch mit Vertrauen belastet und im Leben erprobt werden.

Ein entsprechendes Angebot hätte ich – Sie erinnern sich an den Anfang – dem jungen Mann mitgegeben: Was bringt mir die Kirche? – Sie bietet Ihnen einen Ort an, die Fragen des Lebens und des Glaubens zusammenzubringen. An dem Sie – gemeinsam mit Gleichaltrigen – über den Sinn des jeweils eigenen Lebens nachdenken. Ein Ort, wo Sie Halt und Vertrauen finden können. Mit einem solchen Konzept von Lebensbegleitung, Erwachsenenbildung und Theologie wäre die Kirche (zurück in der Sprache der Marktwirtschaft) ein einzigartiger, gefragter Anbieter, die ihren Freundinnen und Freunden nicht erklären müsste, ob sich der eigene Beitrag für jede und jeden persönlich auszahlt. Sie würden es spüren.

*Hans Joachim Gonser,
Pfarrer in Regensburg*

Gott, Europa und die Kirchen

Zur Diskussion um den EU-Verfassungsvertrag

Angela Merkel, derzeit unter anderem Ratspräsidentin der Europäischen Union, hat sich Großes vorgenommen: das an nationalen Vetoklippen gestrandete Schiff »EU-Verfassungsvertrag« wieder flott zu machen und somit Europa wieder auf Gemeinschaftskurs zu bringen. Das Vorhaben ist schwierig, denn die Begeisterung für Europa ist - nach einem dem Erweiterungsaufschwung 2004 - wieder gesunken. Damit verbunden ist die wachsende Unzufriedenheit mit mangelnder demokratischer Legitimierung der EU. Das europäische Parlament, die direkt von Europas BürgerInnen gewählten Vertreter - haben verhältnismäßig wenig politischen Einfluss. Wie aber soll man eine europäische Bürgergesellschaft für einen Verfassungsvertrag begeistern, wenn die Partizipation eingeschränkt ist? Und letztlich: ging es in den letzten Jahren nicht auch ohne Verfassung irgendwie weiter?

Von Verträgen zur Verfassung

Warum eigentlich, fragt sich heute so mancher, braucht es einen Verfassungs-

vertrag? Zunächst einmal ist daran zu erinnern, dass Europa mit Verträgen groß geworden ist. Vor fünfzig Jahren, am 25. März 1957, erblickte die Europäische Union das Licht der Welt. Die Geburtsurkunde waren die Römischen Verträge, unterzeichnet von Frankreich, Deutschland, Italien und den Benelux-Ländern. Unter dem Namen EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und Euratom (Europäische Atomgemeinschaft) sollte ein neuer, gemeinsamer Wirtschaftsraum entstehen. Dieses Vertragswerk wurde weiter entwickelt, wurde umfangreicher, komplizierter, regelte das europäische Miteinander und wurde dabei aber auch unübersichtlicher. Der Verfassungsvertrag will hier mehr Transparenz und politische Pragmatik. Dazu kommt eine andere Intention. Verträge regeln das Miteinander; aber was dieses Miteinander trägt, ist in den letzten 50 nirgends verbindlich festgelegt worden. Genau dies aber ist seit den 90-Jahren, also nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der damit auftauchenden Frage nach einer gesamteuropäischen Perspektive, drin-

gend gesucht. Denn auf Dauer kann keine Gemeinschaft überleben, wenn nicht ein gemeinsames Verständnis dessen vorhanden ist, was denn diese Gemeinschaft ausmacht. Hier setzt der Verfassungsvertrag ein.

So klar die Frage ist - was trägt eigentlich Europa, welches sind damit die Grundlagen der EU, welches die Leitlinien der europäischen Integration sind - so schwierig sind die Antworten. Um dem näher zu kommen, hatte Europa sich im Rahmen des damaligen Verfassungskonvents unter der Leitung von Valéry Giscard d'Estaing auf die Suche gemacht nach europäischen Wurzeln und Werten, nach Europas prägenden Traditionen. Herausgekommen ist bei der Suche eine Formulierung, die in der Präambel des Vertrags seinen Platz gefunden hat: »Schöpfend aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen, Demokratie, Gleichheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben, ... « Diese Formulierung ist eine Integrations- und Kompromissformel. Miteinander verknüpft werden sollen zum einen die unterschiedlichen Traditionsbestände, die Europa geprägt haben: Kultur, Religion, Humanismus.

Mitgliederversammlung und Versammlung der Vertrauenspfarrerinnen und -pfarrer

des Pfarrer- und Pfarrerinnenvereins in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern
Montag / Dienstag, 07./08. Mai 2007 in der Evang. Tagungsstätte Wildbad Rothenburg

Montag, 07. Mai 2007

10.00 Uhr Begrüßung
Andacht
Impulsreferat:
»Leuchtfener -
Sternschnuppen oder Signale?«
OKR Dr. Thies Gundlach, EKD
(evtl. N.N. EKD)
Rückfragen, Diskussion
Aufteilung in Workshops
12.15 Uhr Mittagessen
14.00 Uhr **Impuls aus bayerischer Sicht** von
Landesbischof Dr. Johannes Friedrich
kurze Rückfragemöglichkeit
14.45 Uhr **Workshops** zu Themenschwerpunkten
»Schlüsselberuf« und »Gemeindeformen«
16.15 Uhr Plenum
17.30 Uhr **Gottesdienst** in der Franziskanerkirche mit
Abendmahl und Kantate »Singet dem Herrn
ein neues Lied« für Sopran, Violine und Orgel
(D. Buxtehude), Predigt: OKR Helmut Völkel

19.30 Uhr Büfett und gemütliches Beisammensein
im Theatersaal

Dienstag, 08. Mai 2007

09.00 Uhr Andacht
Vorstandsbericht durch den 1. Vorsitzenden
Statement von Oberkirchenrätin
Dr. Dorothea Greiner
Aussprache
12.30 Uhr Mittagessen
anschließend Ende der Veranstaltung

gez. Klaus Weber, 1. Vorsitzender
gez. Corinna Hektor, 2. Vorsitzende

Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. Aus organisatorischen Gründen ist aber eine Anmeldung erforderlich!

Zugleich soll dieses Erbe verbunden werden mit den daraus erwachsenen unverzichtbaren Eckdaten Europas: Menschenrechte, Demokratie usw. Eine Kompromissformel ist dies insofern, als hier z.B. nicht explizit die christliche oder jüdisch-christliche Tradition benannt wird, sondern verallgemeinernd und unbestimmt die religiöse Dimension – und diese zudem noch in einer reinen Aufzählung zwischen Kultur und Humanismus, die Zusammenhänge und Wertungen nicht zeigt. Was fehlt, so formulieren es die Kritiker vor allem aus den Kirchen bis heute, ist eine Invokatio zu Beginn der Präambel, eine Anrufung oder Nennung Gottes, mit der die Verfassung beginnt und mit der zugleich die entscheidende Perspektive eingeführt wird: die Orientierung an Gott. Vorgeschlagen wird dabei immer wieder diese Formel: »In Verantwortung vor Gott ...« Und gegenwärtig, wenn es um die Neuaufnahme des Verfassungsprojekts geht, wird diese Forderung wieder ins Spiel gebracht. Ist sie berechtigt?

Streit um den Verfassungsgott¹

Zunächst ist daran zu erinnern, dass die Frage nach einer Nennung Gottes in der Verfassung ein Vorspiel hatte, nämlich die Diskussion um die Präambel zur Europäischen Grundrechtscharta im Jahre 2000. Schon hier gab es Vorstöße, den Gottesbezug in die Präambel einzubringen. Zu nennen sind hier etwa Landebischof Dr. Johannes Friedrich oder der Vizepräsident des Europäischen Parlaments und CSU-Abgeordnete, Dr. Ingo Friedrich. Die katholische Kirche forderte diesen Gottesbezug ebenfalls, während auf EKD-Ebene zwar die Erinnerung an die christlich-religiösen Traditionen eingefordert wurde, aber kein konkreter Formulierungsvorschlag für einen expliziten Gottesbezug gemacht wurde. Gerade im laizistischen Frankreich wurde die Verbindung zwischen christlich-sozialer Positionierung und Katholizismus kritisch gesehen. Das Ergebnis lautete am Ende: »Im Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität...«

Auf dem Weg zu einem Verfassungsvertrag waren die Kirchen – entgegen mancher Meinungspolitik – von Anfang an gut einbezogen. Am 1. März 2002

begann diese Arbeit offiziell. Im Mai 2002 gab es eine erste Stellungnahme der Konferenz europäischer Kirchen (KEK), ein Zusammenschluss vor allem evangelischer und orthodoxer Kirchen in Europa. In dieser Stellungnahme wurde die Arbeit des Konvents grundsätzlich begrüßt und die Mitarbeit der Kirchen eingefordert, da sie ihren Beitrag zur Zukunft Europas einbringen wollen. Die Kirchen legten dabei vor allem Wert auf die Entwicklung einer europäischen Wertegemeinschaft und deren soziale Dimension sowie die Partizipation des einzelnen an den gesellschaftspolitischen Prozessen sowie die Verwirklichung der Religionsfreiheit, etwa im Rückgriff auf Bestimmungen der Charta der Grundrechte der EU. In ähnlicher Weise positionierte sich im Juni 2002 die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) und nahm zugleich Stellung zu einer möglichen Präambel: »Die Bedeutung dieser Einsichten sollte in der Präambel zur künftigen EU-Verfassung zum Ausdruck kommen, z.B. durch einen Hinweis auf die friedensfördernden Aussagen der jetzt versöhnten Glaubensgemeinschaften und insbesondere auf deren Beiträge zu den geistigen und ethischen Grundlagen Europas.« Ähnliches gilt auch für Position der EKD. »Wir unterstützen das (den religiösen Bezug), verkämpfen uns aber nicht dafür«, so eine evangelische Funktionärin der EKD in Brüssel.

Wie sieht es im katholischen Bereich aus? Am 22. Mai 2002 veröffentlichte die ComECE, die Kommission der katholischen Bischofskonferenzen des EU-Raumes, eine Erklärung, in der bei den zu verwirklichenden Zielen als erster Stelle steht »a future Constitutional Treaty of the European Union should contain an invocation of God, with an inclusive reference to the Transcendent; this would facilitate citizens' identification with the values of the European Union, acknowledge that public power is not absolute, and guarantee the freedom of the human person.« Die Idee eines direkten Gottesbezugs fand sich dann auch wieder in der Stellungnahme des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Vorsitzenden des Rates der EKD zum Konvent aus dem Jahre 2002: »Die Europäische Union, die als ein Werk des Friedens gegründet wurde, beruht auf Voraussetzungen, die sie selbst nicht unmittelbar hervorbringen kann. ... Die Europäische

Union sollte sich daher in einer Präambel zu ihren religiösen Wurzeln bekennen. Das religiöse Erbe Europas und die Absage an eine Verabsolutierung der politischen Ordnung der Europäischen Union sollten zudem durch einen Gottesbezug einen Platz in der Präambel des zu verfassenden Textes finden.«

Interessant ist es, dieses differenzierte kirchliche Engagement mit den unterschiedlichen Positionen der EU-Politiker, vor allem aus dem EU-Konvent, zu vergleichen. Für eine Erwähnung der religiösen Wurzeln fand sich eine Mehrheit – nicht jedoch für einen expliziten Gottesbezug. Dies forderten vor allem deutsche Politiker (Erwin Teufel, Elmar Brok), während etwa der Präsident des Konvents, Giscard d'Estaing dies in der Tradition des französischen Laizismus strikt ablehnte. Die politische Dimension der Diskussion zeigte sich auch in der Stellungnahme eines dänischen Parlamentariers, der einen Verweis auf das Christentum in der Verfassung befürwortete, um die Öffnung der EU Richtung Türkei zu verhindern. Der Vertreter der türkischen Regierung dagegen erinnerte an das Prinzip der Laizität Europas. Im Unterschied zu dieser Diskussion fand sich eine Mehrheit – auch mit Frankreich – dafür, den Zusatzartikel 11 der Verträge von Maastricht aufzunehmen, in dem das Miteinander von Kirchen und Religionsgemeinschaften mit der EU geregelt wird.

Im Rückblick zeigt sich ein Doppeltes, zum einen, dass die europäischen Kirchen mit ihren Dachverbänden in den Prozess einbezogen waren, und zum anderen, dass es zwischen der katholischen und der evangelischen Position deutliche Unterschiede gab: der Gottesbezug in der Präambel ist in erster Linie eine Forderung der katholischen Kirche, evangelische Positionen setzten eher auf die religiösen Wurzeln und nahmen die aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen auf.

Der Verfassungsgott und andere Gottesvorstellungen

Diese geschichtliche Perspektive mag Unterschiede feststellen, sie sagt aber noch (zu) wenig über die Notwendigkeit oder Nicht-Notwendigkeit einer Invokatio oder Nennung Gottes in einer Präambel – speziell aus evangelischer Sicht. Hier müssen theologische Prüfungen ansetzen. Dazu sind drei kleine Anmerkungen zu machen unter den

Stichworten »Gott und Politik«, »Gott und die Religionen« und »Gott und die Werte.«

Zum ersten: Gott und Politik.

Gerade die Argumentation der EKD macht klar, auf welcher Ebene der Gottesbezug seine Bedeutung hat, nämlich im staatlichen und damit im zivilreligiösen Kontext. Die EKD argumentiert für eine Wahrnehmung der religiösen Dimension formal mit dem Böckenförde-Argument: dass der säkulare Staat von Voraussetzungen lebt, die er nicht schaffen kann. Eine solche politische Selbstrelativierung müsste dann von Staat und Gesellschaft gewollt und verantwortet werden und ist keineswegs automatisch mit einem Gottesbezug in der Verfassung verbunden. Deswegen tun Kirchen gut daran, die Politik an die Selbstrelativierung zu erinnern, zugleich aber die Verwirklichung bis hinein in die Formulierung in die freie Verantwortung der Politiker zu stellen. Die zivilreligiöse Dimension zu verrechtlichen, ist primär Aufgabe von Staat und Gesellschaft und nicht der Kirchen. Dabei muss gewährleistet bleiben, dass auch die politische Macht von Gott geliehen ist, aber in demokratischer Tradition vom Volk ausgeht. Allein die Nennung Gottes in der Verfassung ist keine Garantie gegen gottfernes Handeln - mit Gott in Verfassung und Mund lassen sich auch Faschismus und Terrorismus legitimieren. Die Aufgabe der Kirchen ist es, darauf zu achten, dass durch die zivilreligiöse Dimension der Staat oder ein Staatenbund wie die EU wirklich relativiert wird und nicht quasi-religiöse Weihen erhält.

Zum Zweiten: Gott und die Religionen.

Selbst wenn aus politischen Gründen Gott in der Verfassung seinen Platz hätte, wäre damit noch nicht geklärt, um welchen Gott es sich hier handelt. Zivilreligiös ist es ein abstrakter, blutleerer Gott, ein transzendentaler Gott, nicht mehr als eine Leerformel als Bedingung der Möglichkeit gelingenden Miteinanders. Solche Offenheit ist auch in dem Maße sinnvoll, wenn sie in aller Freiheit mit den unterschiedlichen Vorstellungen einzelner und verschiedener Religionen gefüllt wird. Doch dies nötig zum Diskurs darüber, wie dieser zivilreligiöse Gott mit dem Gott Jesu Christi zu vereinbaren ist, wie er mit den Gottesbildern anderer Religionen, etwa von Judentum und Islam zu verbinden

ist. Ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ersetzt noch nicht das Bekenntnis zu Jesus Christus in Rahmen dieser freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Gott als Bedingung gelingenden gesellschaftlichen Miteinanders zu benennen, dann aber diesen gemeinschaftsstiftenden Gottesbezug im Streit der Interpretationen und Religionen wieder zu verlieren, würde der Sache letztlich schaden. Ohne ein gesamteuropäisches, interreligiöses Gespräch über die entscheidende, die Gottesfrage, bleibt der Gottesbezug in der Präambel eher ein Stein des Anstoßes denn ein Eckstein des Miteinanders.

Und ein Drittes: Gott und die Werte.

Die Argumentation, dass der Gottesbezug nötig ist, um die Grundwerte einer Gesellschaft auf einen Punkt jenseits politischer Verfügbarkeit zu beziehen und so zu sichern, ist durchaus richtig. Doch gibt es hier keinen Automatismus, vielmehr muss diese Perspektive auch durchgehalten werden im Blick auf die konkreten rechtlichen Formulierungen und Konkretionen im europäischen Integrationsprozess. Grundwerte dürfen nicht nur auf Gott, sie müssen - notfalls kritisch - auch auf die Rechtsentwicklung der EU bezogen werden. Theologisch formuliert: Die Ehre Gottes kann in der Präambel gefordert werden, sie muss aber in der europäischen Solidargemeinschaft verteidigt werden. Doch das ist so einfach nicht. Denn die Grundwerte sind zwar benannt, aber was sich damit verbindet, ist im Konkreten relativ offen. In der Praxis gibt es eher einen dauernden europäischen Wertekonflikt als einen schlichten Wertekonsens. Dazu kommt, dass zwischen Grundwerten und Glaubenshaltungen eine Differenz besteht. Es nützt gerade den evangelischen Kirchen wenig, Grundwerte zu bestätigen, ohne sie mit Glaubensprozessen inhaltlich und institutionell zu verknüpfen. Das evangelische Ja zum Grundwert der Menschenwürde etwa ist richtig; wie dieser Grundwert aber in der ethischen Diskussion etwa im Bereich der Genpolitik gefüllt wird, ist evangelisch umstritten. Diesen Streit einzubringen in die europäische Diskussion ist fruchtbarer, als sich auf die möglichst ökumenisch abgestimmte Bestätigung allgemeiner Grundwerte zurück zu ziehen.

Die Verantwortung der Kirchen für Europa

Es gibt also durchaus inhaltliche, theologische Gründe, warum die evangelischen Kirchen Europas im Blick auf die Forderung eines Gottesbezugs in der Präambel - im Unterschied etwa zur katholischen Position - zurückhaltender sind. Dies bedeutet aber keineswegs, diese Perspektive nicht anzunehmen, diese Perspektive nicht anzunehmen, wohl aber in der gebotenen Differenzierung und vor allem: im Rahmen der Partizipation und Verantwortung für den europäischen Integrationsprozess. Dass Kirchen hier aufgrund der christlichen Traditionen Europas auch institutionelle Verantwortung haben, das haben die evangelischen Kirchen von Anfang gefordert. Und sie haben damit - für manche überraschend - im Verfassungskonvent offene Ohren gefunden - indem der Zusatzartikel 11 des Maastrichtvertrages in die Verfassung Eingang gefunden hat. Es gibt ein rechtlich verankertes Mitspracherecht der Kirchen. »(1) Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht. (2) Die Union achtet in gleicher Weise den Status, den weltanschauliche Gemeinschaften nach den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften genießen. (3) Die Union pflegt mit diesen Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog.« (Art. I-52; vorläufige Zählung) In einer Handreichung der GEKE² wird dies folgendermaßen kommentiert: »Zum einen sichert dieser Artikel den Kirchen die Respektierung ihres rechtlichen Status entsprechend der nationalen Regelungen. Zum anderen verpflichtet sich die EU parallel zur stärkeren Beteiligung der Zivilgesellschaft (in Art. I-47) gegenüber den Kirchen zu einem »offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog.« Aus der Sicht der evangelischen Kirchen ist dies ein entscheidender Fortschritt gegenüber der bisherigen Situation, weil er ihren rechtlichen Status sichert und einen weiten Raum für den Dialog auf europäischer Ebene eröffnet. Beide Artikel (Art. I-47 zur Zivilgesellschaft und Art. I-52 zu den Kirchen) stellen einen wichtigen Beitrag zur stärkeren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Europa dar.« Damit sind die Rahmenbedingungen und Herausforderungen auch für

die evangelischen Kirchen Europas benannt. An dieser Stelle wird auch die Hauptarbeit der Kirchen liegen: sich theologisch fundiert und institutionell gestärkt in den Prozess der europäischen Integration einzubringen und eigene Positionen und Perspektiven zu entwickeln. Gelingen wird dies aber nur, wenn Gemeinden und Christenmenschen für eine kritische Partizipation an Europas Entwicklungen gewonnen werden. Dazu braucht es verstärkt Aufklärung und Information und vor allem theologisch fundierte Bildung, damit die Kirchen nicht den Anschluss an Eu-

ropa verlieren, sondern mitgestalten können.

*Pfarrer Dr. Hans Jürgen Luibl
Leiter BildungEvangelisch Erlangen
Vorsitzender AEEB
Mitglied im Leitungsteam der
Südosteuropagruppe der GEKE
Mitglied der Arbeitsgruppe Europa
der bayerischen Landeskirche*

Anmerkungen:

- 1 Vgl. auch: Reinhard Brandt, »Verantwortung vor Gott« und andere Koordinaten. Zur Präambel der EU-Verfassung, Zeitschrift für Theologie und Kirche, 103. Jg., Heft 2, Juni 2006, S. 280-305.
- 2 Die EU-Verfassung aus evangelischer Sicht. Eine Handreichung für die Gemeinde (download unter www.leuenberg.net)

Der Erde ihre Sabbate wieder geben!

Kleines Memorandum zu einem globalen Alarmsignal

Als am 1. Februar die internationale Klimaforscherkonferenz aus Paris den unaufhaltsamen Anstieg der Erdtemperatur bestätigte und daraus die Wahrscheinlichkeit globaler Naturkatastrophen ableitete, meldete sich in meiner Erinnerung eine Bibelstelle: »Als dann wird das Land seiner Sabbate nachholen.«

Wo steht das denn? Etwa bei Amos oder Jeremia im Rahmen einer prophetischen Gerichtsankündigung? Fehlanzeige! Die Konkordanz verrät's: im Buch Leviticus (das ja für uns nicht gerade zur Lieblingslektüre zählt), Kap.26, Vers 34, - also mitten in der Tora, im abschließenden Segen- und Fluchkapitel des sogenannten Heiligkeitsgesetzes. Das vorausgehende Kapitel (25,1-7) begründet und erläutert die schon in älteren Gebotsreihen (»Bundesbuch«, Exodus 23,10f.) gestiftete Institution des »Sabbatjahres«: »Sechs Jahre, sollst du dein Feld besäen und sechs Jahre deinen Weinberg beschneiden und die Früchte einsammeln. Aber im siebten Jahr soll das Land dem HERRN einen feierlichen Sabbat halten; da sollst du dein Land nicht besäen und deinen Weinberg nicht beschneiden...« Wie treu und regelmäßig die israelitischen Bauern nach dieser Weisung gehandelt und gelebt haben - ob z.B. das Brachjahr gesamtlich und gleichzeitig oder für verschiedene Anbausektoren umschichtig praktiziert wurde, darüber erfahren wir außer kurzen Notizen aus Neh.11,32b und 1.Makk. 6,49+53 (Hungerjahr!) wenig oder nichts. Offenbar gab es häufi-

ge Unterlassungen, sonst müsste nicht die Androhung von Kriegszerstörung, Deportation und Exil mit dem Nachsatz veranschaulicht werden: »Als dann wird das Land (endlich!) seine Ruhe haben.« Und - natürlich hat das »Sabbatjahr« in der ausserisraelitischen Welt keine Rolle gespielt. Erst in theologischen Akademikerkreisen erfreut sich das »sabbatical year« einer gewissen Beliebtheit (vgl. die langen »Beurlaubungs«listen in unserem Amtsblatt).

Was wir allerdings wissen und aus eigener Anschauung oder Miterleben bezeugen können, ist zweierlei: erstens die fröhlich-gelöste Sabbatfeier jüdischer Gemeinden, die jeden Freitagabend den beginnenden Ruhetag wie eine königliche Braut begrüßen; da ist nichts von »gesetzlich«-verkrampter Zwanghaftigkeit zu merken; welche Wohltat für die Bewohner Israels, wenn die Hektik auch des Straßenverkehrs einen Tag lang ausfällt - im Gegensatz zu unserem Wochenendrummel und -stress! (Wer die Ölkrise im Herbst 1973 miterlebt hat, erinnert sich vielleicht noch an die wunderbare Sonntagsruhe auf Strassen und Autobahnen). Und - im Kontrast dazu - zweitens die pausenlose Ausbeutung und Verschandlung der Erde, ihrer Landflächen (Überdüngung, Pestizide, Genmanipulation, Asphalt- und Betonwüsten), ihrer Wälder (ungebremste Abholzung in den Tropen), ihrer Meere (Öl- und Gift»anreicherung«, Ausrottung der Fischbestände) und ihrer Atmosphäre durch den boomenden CO₂- Ausstoss: dies al-

les, besonders das weltweite Industriewachstum bringt unserer zur Ruhelosigkeit verdammt Erde einen tödlichen Stress.

Kein Wunder daher, wenn die Erde (haretz, nicht nur »das Land«) sich wehrt, ja sich schüttelt, um die Dauerbelastigung durch ihren schlimmsten Krankheitserreger Mensch los zu werden: »Überschwemmungen, Tsunamis, Wirbelstürme und Orkane nie gekanntes Ausmasses« und anderes mehr, hieß es aus Paris, - wenn's denn sein muss, bis zum Zusammenbruch aller bisherigen Kultur und Zivilisation, insbesondere auch der Kriegsmaschinerie, aber eben auch unseres hightech-gestützten Luxus.

»Als dann wird die Erde ruhen und ihre Sabbate nachholen.«

Oder sollte es der Menschheit zuvor noch gelingen, sich selbst und der strapazierten Erde im bewährten Wochenrhythmus (6:1) Ruhepausen zu gönnen, ein Siebtel also ihrer noch geschenkten Zeit auszusparen, aufzubewahren (reservare) für das Atemholen, zur Regeneration, vor allem zur Besinnung auf ihren Schöpfer? Ob Sabbat/Samstag oder Sonntag, ist dabei nicht so entscheidend, Hauptsache, der Globus kann nach sechs verqualmten Umdrehungen sich freuen auf die siebte unverqualmte Umdrehung, das wären immerhin schon 14% weniger CO₂. Über weitere Einsparungen denken wir dann an unserem freien Tag nach, es werden uns bestimmt welche einfallen!

»Utopie, das ganze«, höre ich schon die Proteste. Aber lieber diesem Ziel einen topos verschaffen und die Klimakatastrophe ins Reich der U-topie verabschieden, als dass eines Tages kein einziger Bio-top (Lebens-ort) mehr bleibt!

*Gottfried Lindenberg, Pfarrer i.R.,
Spardorf*

Zwangs-Beseelsorgerung

Der Wiederheirats-Zirkus

Der »Fall«

Im August 2005 habe ich nach einer Ehescheidung erneut geheiratet, Ende September 2005 war die kirchliche Trauung. Ich wollte nichts falsch machen, wälzte das Dienstrecht 'rauf und 'runter, fand schließlich nur § 52 PFG und machte demgemäß Meldung an die Kirchenleitung.

Statt Gratulation bekamen meine Frau und ich aus dem Landeskirchenamt alsbald die Nachfrage, warum wir das übliche »Verfahren« nicht eingehalten hätten. Bei näherer Lektüre des Briefes stellte sich freilich heraus, dass dieses Verfahren nicht auf Dienst-, sondern nur auf Mitgliedschaftsrecht beruht. So wunderten wir uns, dass diese Rüge aus dem Personalreferat kam, das für uns als Mitglieder gar nicht zuständig ist, am wenigsten für meine nicht bei unserer Kirche beschäftigte Ehefrau.

Mit Mitgliedschaftsrecht meine ich, dass sich der kirchenamtliche Brief lediglich auf die neuen, sich selbst als »unverbindlich« bezeichnenden Leitlinien kirchlichen Lebens bzw. eine bayerische Sonder-Ausführungsbestimmung (LKL-Anwendungsgesetz §10) berief. Danach entscheidet der Landeskirchenrat über die erneute Trauung geschiedener »Theologen«; zuvor haben diese mit ihrem Regionalbischof zu sprechen. Das wußten wir zwar nicht. Doch unabhängig davon wollten wir uns sowieso im Sommer 2005 aufgrund der neuen familiären Situation bei zwei Regionalbischöfen vorstellen und einen Stellenwechsel besprechen, was jedoch von beiden abgelehnt wurde. Natürlich hätten wir dabei die geplante Trauung erwähnt. Zudem hatten wir mit zwei Kollegen Traugespräche geführt und auch mit zwei Dekanen, von denen einer für uns zuständig war, über unsere Heiratsabsicht gesprochen. Niemand hatte uns auf das »Verfahren« hingewiesen.

Meine Frau und ihre Eltern, alle seit Jahrzehnten ehrenamtlich in der evangelischen Kirche Bayerns engagiert, protestierten beim Landesbischof. Vermutlich wurde dieser Brief (wie auch andere) abgefangen, denn sie erhielten wieder Antwort aus dem unzuständigen Personalreferat. Dabei wurde meiner Frau zur Hochzeit gratuliert, mir aber nicht. Solch geteilte Glückwünsche be-

kamen wir sonst von keinem einzigen Gratulanten.

Brav beantragte ich eine nachträgliche Zustimmung des Landeskirchenrates. Ende 2005 wurde dieses Vorgehen durch zwei Schreiben aus dem Personalreferat befürwortet. Mitte Januar 2006 durfte ich bei meiner Münchner Regionalbischöfin vorsprechen. Zwar blieb der Charakter des Gesprächs unklar: Für mich war es, wie ich klarstellte, ein dienstliches Gespräch, da es auf einer Restriktion beruhte, während meine Vorgesetzte es mir als »Seelsorgegespräch« angedeihen zu lassen versuchte, worum ich sie freilich gar nicht gebeten hatte. Doch mit dem Ergebnis war ich sehr zufrieden: Sie sicherte mir eine Zustimmung durch den kurz darauf tagenden LKR zu. So dachte ich, jetzt sei alles in Butter.

Doch die Zustimmung lag im Februar immer noch nicht vor. Daraufhin erfuhr ich auf Nachfrage von der Regionalbischöfin, dass sie längst die Kopie eines Genehmigungsschreibens vom 23.1.2006 habe. Es sei wohl auf dem Weg zu mir verloren gegangen. Daraufhin bekam ich – wieder mal aus dem Personalreferat – eine »Zweitschrift«; auch mein Anwalt erhielt später nur diese und nie die Kopie der »Erstschrift«. Hat sie je existiert? Oder hat sich's jemand nachträglich anders überlegt? Zu unser aller Überraschung war jenes Schreiben nämlich keine Genehmigung. Es enthielt neben erneuter Kritik an unserer eigenmächtigen Heirat endlich Glückwünsche auch an mich und den Hinweis, der Landeskirchenrat habe über unsere Trauung beraten. Was das Ergebnis der Beratung war, konnte ich allerdings auch wieder erst durch erneute Nachfrage herausbekommen: Ende März 2006 wurde uns beschieden, die Trauung sei nicht genehmigt worden, weil das grundsätzlich im Nachhinein nicht möglich sei.

Dies steht in völligem Widerspruch zu den zwei Briefen des Landeskirchenamts von Ende 2005 und zum Inhalt des Gesprächs mit der Regionalbischöfin. Jenes war damit ein völlig überflüssiger Aufwand, zumal ich damals meine Frau am Tag nach einer Fehlgeburt verlassen mußte.

Die Konsequenz

Wir fühlten uns also veräppelt. Da Kasualentscheidungen aber nicht der Überprüfung durch unsere Verwaltungsgerichtsbarkeit unterliegen, erschien es mir sinnlos, die mir erst zugesagte Genehmigung einzuklagen, und ich ging zur Wiederherstellung der Rechtssicherheit den umgekehrten Weg: Ich beantragte, unsere kirchliche Trauung für ungültig zu erklären. Darauf bekam ich im April 2006 die Antwort: Aus dem Nichtvorliegen der Zustimmung ergäbe sich nicht die Ungültigkeit der Trauung. Ich hätte gute Lust, die Ungültigkeitserklärung verwaltungsgerichtlich zu erzwingen – was sicher ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des evangelischen Kirchenrechts wäre. Doch ich bin ja kein Prozeß-Hansl.

Stattdessen ziehe ich in aller Öffentlichkeit folgende Konsequenz: Die LKL sind wirklich nur unverbindliche Anregungen, und Rügen aus dem LKA, die darauf fußen, sind nicht ernst zu nehmen. Ich kann allen geschiedenen Kolleg(inn)en, denen das Glück zuteil wird, erneut heiraten zu können, nur raten: Spart Euch den Zirkus einer Genehmigung! Dasselbe gilt konsequenterweise auf der unteren Ebene für Eure Entscheidung bei der Trauung geschiedener Gemeindeglieder. Eine dem Dekan vorzulegende Begutachtung könnt Ihr Euch schenken, denn Eure Trauungen sind auch ohne sie gültig, und eine dienstrechtliche Handhabung gegen Euch gibt es nicht.

Der ökumenische Aspekt

Abgesehen von jener pfarramtspraktischen Konsequenz hat dieses Fallbeispiel für mich eine tiefgehende Bedeutung in zweierlei Hinsicht: Einmal wirft es aktuell die uralte Frage auf, was evangelisches Kirchenrecht und was damit unsere reformatorische Kirche insgesamt ist; wohlgemerkt, das ist keine juristische Spitzfindigkeit, sondern eine existenzielle ekklesiologische Frage! Und zwar immer im Zusammenhang mit den bisher sehr ernsthaft geführten ökumenischen Gesprächen. (Ohne diese wären wir eine im eigenen Saft schmorende Denomination und bräuchten von der Weltkirche sowieso nicht ernstgenommen zu werden.) Also: Ist unsere Kirche ein in sich schlüssiger Alternativentwurf zum katholischen Kirchenrecht bzw. zur römischen Kirche? Dann hätten wir bei den ökume-

nischen Verhandlungen das Ziel, als selbständige Kirche lediglich auf eine Union mit der Römisch-Katholischen Kirche, d.h. auf unser Anerkennen des »Petrusdienstes« des römischen Bischofs für die Weltkirche zuzusteuern. Weil unser Landesbischof dieses Ziel benannte, wurde er vor Jahren zu Unrecht gerügt. Es bedeutete indes eine Gemeinschaft mit Rom bei rechtlicher, liturgischer und in einem noch auszuhandelnden Rahmen auch theologischer Eigenständigkeit unserer Kirche. Oder haben wir diese Eigenständigkeit etwa gar nicht? Haben wir nur die verdünnte, damit aber sich in Widersprüche begebende Variante des kanonischen Rechts?¹ Dann bliebe uns als Abspalttern wirklich nur die »Rückkehr-Ökumenen«, die volle Inkorporation in den Bauch des römischen Patriarchats. Obwohl, wie gesagt, unser Landesbischof das erstere Modell vertritt, liegt dem »Verfahren«, das unsere Kirchenleitung fordert, faktisch das letztere Modell zugrunde, nämlich ein Restchen der römisch-katholischen Auffassung von der Unauflöslichkeit der Ehe und damit eine sehr einseitige Interpretation von Mk 10,9, freilich ohne die Konsequenz und Klarheit des kanonischen Rechts, d.h. ohne einen Verfahrensweg, mit dem sich das Fehlen wesentlicher Ehemerkmale einer weltlich geschiedenen Ehe und damit deren Nichtigkeit feststellen läßt, etwa wenn die frühere Ehefrau einseitig den Wunsch nach Kindern verweigert hat. Wenn dies etwa auch noch nach einer Kinder-Zusage vor der Heirat war, wäre die Ehe zudem durch Täuschung zustande gekommen und auch damit nichtig. Katholische Kollegen, mit denen ich meinen Fall besprach, wiesen mich auf einen ganzen Katalog solcher Kriterien des kanonischen Rechts hin. Ohne eine solche Objektivität gerät das bei uns geforderte »Verfahren« aber zu einem bloßen Instrument für die Kirchenleitung, Einblick ins Privatleben von Pfarrer(inne)n nehmen und bei deren Lebensplanung ein bißchen mit-schwätzen zu dürfen. Entsprechend ist auch die Regelung bei Wiederheirat »normaler« Gemeindeglieder nur ein Rest alter kirchlicher Bevormundung. Ich habe mich bei meiner bisherigen pfarramtlichen Praxis denn auch immer geschämt, dass so der Eindruck entsteht, wir als Kirche hegten Zweifel an der Reife und Mündigkeit, mit der Menschen ihre Lebensentscheidungen treffen. Das Argument der Seelsorge ver-

fängt nicht, denn diese kann nur absolut freiwillig sein. Natürlich sind wir gefordert, wenn sich jemand seine Not durch Vorehe, Scheidung usw. von der Seele reden will. Aber eine Zwangs-Beseelsorgerung, wie ich sie selbst erlebte, d.h. ein Aushorchen mit dem Ziel, eine amtliche, rechtliche Entscheidung zu treffen, hat mit Seelsorge nichts zu tun.

Meine in diesem Blatt im März 2002 geäußerte grundsätzliche Kritik an den LKL muß ich erneuern. Wenn die evangelische Kirche nicht den Mut hat, ihren eigenen Weg des Evangeliums und der Befreiung in jeder Hinsicht und in allen ihren Lebensäußerungen zu gehen, welche Existenzberechtigung hat sie dann noch neben der katholischen? Wenn aber andererseits die letzten Reste patriarchalen, gesetzlichen und naturrechtlichen Denkens in unserer rund-erneuerten Lebensordnung dann, wenn es darauf ankommt, doch nicht so ganz ernst gemeint sind, warum schreibt man sie dann hin, und warum plustert sich unser Apparat zunächst einmal auf, wenn er einen Verstoß dagegen wähnt?

Sanktionen ohne Attraktionen

Zum anderen: Warum wird, wenn überhaupt, das alles höchstens an jenen Kirchenmitgliedern durchexerziert, die bei unserer Kirche abhängig beschäftigt sind, und nicht an den »normalen«? Diese Spaltung zwischen einem kleinen Mitgliederkreis, bei dem man sich alles erlauben kann, und einem großen, den man mit Samthandschuhen behandeln muß, weil er ja jederzeit locker austreten könnte, hat unsere Familie selbst erlebt: Meine Frau mußte die landeskirchenamtliche Rüge zunächst genauso auf sich selbst beziehen; doch sofort nach ihrem ersten Protest samt Austrittsdrohung ruderte man bei ihr zurück.

Auch das zeigt, dass es der gegenwärtigen Kirchenleitung bei der Anwendung der LKL keineswegs um die Sache, um Inhalte, um das Festhalten an guten alten christlichen Werten geht, sondern nur um Machtausübung. Und es zeigt, in welcher Sinnkrise unsere Kirche steckt. Worin besteht denn die Attraktion einer Mitgliedschaft bei uns? Wenn ich es toll finde, beim Alpenverein dabei zu sein, dann lasse ich mir auch gewisse Vorschriften und Sanktionen bieten, etwa zum Verhalten als Bergwanderer und Hüttengast. Dass wir unsere Vorschriften gegenüber normalen Mitgliedern nicht durchzu-

setzen wagen, dafür kann es nur zwei Gründe geben: Entweder sind jene Vorschriften völlig obsolet. Oder aber sie sind heute noch berechtigt, dann ist uns verloren gegangen, was die Attraktion des Christentums ist: Rettung, Befreiung, Erlösung auf allen Ebenen, im persönlichen Leben und gesellschaftlich. Während unsere Welt vor Fragen steht, die sie aus sich heraus nicht zu lösen im Stande ist – Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, globale Schere arm-reich, Migrationsprobleme und davon abhängig jede Menge persönlicher Konflikte und psychischer Probleme – haben wir unsere Sprache verloren bzw. die (hermeneutische) Kunst, zu verstehen, welchen Lösungsweg das Evangelium bietet. Alle Welt fragt nach Reformen. Nur die Kirche der Reformation schweigt, obwohl gerade sie Zugang zum »Quellcode« unserer abendländischen Kultur hätte.

*Dr. Ulrich Schneider-Wedding,
Pfarrer in München, Regensburg*

1. Eine Aufarbeitung dieser Frage – ausgehend von der Reformation und natürlich von der berühmten »Sohm-Harnack-Kontroverse«, bietet das einleitende Kapitel zu Grethlein, Gerhard – Böttcher, Hartmut – Hofmann, Werner – Hübner, Hans-Peter: Evangelisches Kirchenrecht in Bayern, München (Claudius) 1994.

AUF NACH BERLIN!

Ich bin Pfarrerin in Berlin, möchte aus persönlichen Gründen nach Bayern ziehen und dort arbeiten und suche deshalb eine/n

Tauschpartner/in,

der in der Evangelischen Kirche in Berlin- Brandenburg, Schlesische Oberlausitz arbeiten will.

Bitte melden Sie sich bei Interesse

bei Anneli Freund,
Strelitzer Str.71,
10115 Berlin,
Tel.: 0 80 52 - 24 24

Dialog wenig aussichtsreich

zu: *Nachbarschaft mit.. in Nr. 2/07*

Lieber Bruder Dr. Forssman, als ich Ihren Artikel »Nachbarschaft mit Muslimen« gelesen hatte, habe ich versucht zu verstehen, wessen ich beschuldigt bin: »Ich wolle keine Moschee in Deutschland sehen« und »ich hielte den Dialog zwischen Muslimen und Christen für wenig aussichtsreich.« Dann kam allerdings ein Vorwurf, den ich nicht erwartet hatte: »Es deutet alles darauf hin, daß Sie die Unterdrückung des Islam in Deutschland für eine vorbeugende Maßnahme zur Friedenssicherung halten.« Offenbar liegt dem die Vorstellung zugrunde, dass - wie auch immer -, durch gewalttätiges Vorgehen eine Unterdrückung des Islam versucht werden soll. Das Ganze ist für mich schwer vorstellbar, denn ich glaube nicht, daß ein Deutscher auf die Idee kommt, durch Unterdrückung des Islam in Deutschland einen Beitrag zum Frieden leisten zu können. Ich weiß nicht, ob Sie ernstlich mit einer solchen Katastrophe rechnen, aber daß sie mich mindestens für einen Sympathisanten solcher Anschläge halten, habe ich nun von Ihnen schriftlich.

Sie behaupten ferner, es sei »deutlich geworden«, daß ich »keine Moscheen in Deutschland sehen möchte« und erklären, dass ich einen Dialog zwischen Christen und Muslimen für wenig aussichtsreich hielte, was in der Tat meine Meinung ist, weil beide Religionen für eine ausreichende Annäherung die zentralen Aussagen ihrer Bekenntnisse bewußt bis zur Unkenntlichkeit verdrängen müßten. Eine solche Bereitschaft ist bisher nicht vorhanden und zwar beim Islam noch weniger als bei den Christen. Daß ich »keine Moscheen in Deutschland sehen wolle«, ist eine unbewiesene Behauptung und bleibt es

auch bis zum Beweis des Gegenteils. Den Vorwurf selbst muß ich wohl ernstnehmen, wenn ich mir vergegenwärtige, was Sie mir bereits alles zugetraut haben. Es ist ein Beispiel von Vermutungsverdacht, gegen den man sich kaum wehren kann. Sie haben keine Beweise vorgelegt, kein Hetzblatt, keinen Gemeindebrief, keine Predigt. Ich aber kann mich nicht selbst rechtfertigen, denn man kann nicht vorlegen, was sich nicht ereignet und schon gar nicht, was man nicht gedacht hat.

Sie schreiben: »Der Islam, den Sie an die Wand malen, ist ein Schreckbild, das mit der Wirklichkeit nur wenig bis gar nichts zu tun hat.« Ich könnte dagegen Ihre Wirklichkeitswahrnehmung hinsichtlich der Zuverlässigkeit des modernen Nachrichtenwesens bezweifeln: es ist nicht zu bestreiten, daß der Normalbürger in der Regel mit Informationen gut versehen wird und zwar auf allen Gebieten des Lebens. Nicht ich habe die »Schreckbilder« gemalt, sondern sie sind Allgemeingut.

Mit freundlichem Gruß

*Ernst Zuther, Pfarrer i.R.,
Oberhaching*

Keine Alternative zum Dialog

zu: *Nicht harmlos in Nr. 3/07*

Sehr geehrter, lieber Bruder Nörr, danke für Ihre engagierte Antwort auf meinen Leserbrief. Er war zugegebenermaßen ziemlich kurzgefasst. Ich wollte einerseits die steilen Sätze von Ernst Zuther nicht unkommentiert stehen lassen, andererseits einem über neunzigjährigen Amtsbruder auch nicht zu heftig und ausführlich widersprechen. Das Hauptproblem, das ich mit seinen Aussagen hatte, begegnet mir bei Ihnen erneut: Eine feste Überzeugung, über *den Islam* Bescheid zu wissen. *Der Islam* ist von Ihnen eingeordnet und endgültig beurteilt, *die Muslime* sind es damit natürlich auch. Wer nicht ins Bild passt, ist eben eine Ausnahme, oder er verstellt sich listig, bis die Gelegenheit günstig ist, seine wahren Absichten zu enthüllen.

Nur nebenbei bemerkt: Mit dieser Einstellung mir gegenüber hatte ich als Deutscher im Ausland jahrelang meine Schwierigkeiten. *Die Deutschen* waren eben so und so, das wusste jeder; und in den alten Kriegsfilmern, die ständig im Fernsehen liefen, bekam man es nachdrücklich bestätigt. Der konkrete Deutsche, in diesem Falle ich, hatte demgegenüber allenfalls die Chance, als

Seltenheit bestaunt zu werden (»wie ungewöhnlich: ein *netter* Deutscher...«). Ich bin mittlerweile über elf Jahre im Dialog mit Muslimen engagiert, seit fünf Jahren als Geschäftsführer der christlich-islamischen Arbeitsgemeinschaft Erlangen. Lassen Sie sich von mir als jüngerem Amtsbruder in aller Bescheidenheit bitte folgende Erfahrung mitteilen: Vor zehn Jahren glaubte ich noch, so einigermaßen über *den Islam* Bescheid zu wissen. Inzwischen aber kenne ich zu viele Muslime. Ich lernte und lerne aus Gesprächen und Begegnungen mit ihnen, aber auch aus Vorträgen und Büchern unaufhörlich weiter. (Leider hat es zum Erlernen der arabischen oder türkischen Sprache bisher an Zeit und Gelegenheit gefehlt.) Über *den Islam* kann ich als Folge dieser Studien gar nicht mehr viel sagen, aber eines in voller Überzeugung: Er ist unheimlich vielfältig und weder mit Klischees zu erfassen, noch mit knappen Worten abzufertigen.

Sie nennen diese Haltung »naiv«. Wenn »naiv« dasselbe heißen darf wie »vorurteilsfrei«, fühle ich mich nicht gekränkt, sondern geschmeichelt.

Und jetzt noch ein paar Sätze zu den einzelnen Punkten:

1. Der einzige Weg zur Befreiung aus Vorurteilen ist die Selbsterkenntnis, am besten eingeleitet durch die Frage »Wovor fürchte ich mich eigentlich?« Ohne diese Frage bleibt man in einer Rückkopplungsschleife gefangen: Jede neue Wahrnehmung wird entsprechend der Vorurteile eingeordnet, die Vorurteile werden damit zu scheinbar objektiven Wahrheiten und bilden erst recht die Grundlage für die Einordnung neuer Wahrnehmungen usw. Auch die von Ihnen eingeforderte »Sachkenntnis« kann dann nur noch als Expertenwissen ernst genommen werden, wenn sie der Bestätigung dient, ansonsten gilt sie als Verblendung.
2. Egal, ob eine Einschätzung auf Vorurteilen oder nachprüfbaren Tatsachen beruht: Jeder Einzelne hat das Recht, als Einzelner wahrgenommen zu werden und nicht von vorneherein unter Generalverdacht zu stehen oder eine Kollektivschuld aufgebürdet zu bekommen. Deswegen ist bei allen pauschalen Aussagen zu fragen: Auf wen treffen sie zu? Wer genau ist gemeint? *Die Muslime* gibt es genauso wenig als reales Gegenüber wie es *die Deut-*

schengibt. Und wenn die nachprüf-
baren Tatsachen Koranverse sind,
dann ist eben zu fragen, wie ich es
gegenüber Ernst Zuther gewagt
habe: Wer beruft sich auf diese Ver-
se und in welchem Zusammenhang?
Ähnliches nehmen wir ja auch für
uns in Anspruch. Ein Beispiel: Jesus,
der bekanntlich nicht gekommen
ist, Frieden zu bringen, sondern das
Schwert (Mt 10, 34) bzw. Zwie-
tracht (Lk 12, 51), hat wörtlich ge-
äußert: »Meine Feinde, die nicht
wollen, dass ich über sie herrschen
sollte, bringt her und macht sie vor
mir nieder!« (Lk 19, 27) Ach, das ist
gar nicht wörtlich gemeint? Ach,
das steht im Zusammenhang eines
Gleichnisses? Ach, das muss im
Lichte anderer Bibelstellen gedeutet
werden?

Nun: Warum sollte es sich mit den
Koranversen, die Ernst Zuther aus
dem Zusammenhang reißt und an-
einander reiht, nicht ebenso verhalten
dürfen? Und wenn Sie denjenigen
Muslimen, die uns erklären,
dass sie solche Verse anders deuten,
von vorneherein keinen Glauben
schenken, dann sind wir wieder
bei Punkt 1.

3. Mit Fundamentalisten kann man
keine Gespräche führen. Sondern
nur Kriege? Was gibt es denn für
eine Alternative zum Gespräch? Ist
nicht das Fragen und Diskutieren,
das Hören und Lernen der einzige
Weg aus dem Fundamentalismus
heraus? Abgesehen davon sind kei-
neswegs alle Muslime Fundamen-
talisten. Aber immer mehr werden
dazu. Der Druck von außen trägt
wesentlich dazu bei. Ich war auch
nie so patriotisch wie während der
Jahre im Ausland. Grundsätzliche
Akzeptanz, Gastfreundschaft und
Offenheit sind keine Schwächen, die
von Fundamentalisten erbarmungs-
los ausgenutzt werden, sondern die
besten Mittel sie zu entwaffnen.
4. Die Situation von Christen in mus-
limischen Ländern ist vielfach be-
drohlich und armselig. Daran gibt es
nichts zu beschönigen. Aber was
heißt das für uns? Wenn wir im
Unterschied zu den Muslimen eine
Religion der Liebe haben (was Sie
behaupten, ich aber nachdrücklich
zu bezweifeln wage), haben wir hier
die beste Gelegenheit es zu zeigen
und dem Wort Jesu zu folgen: »Wie
ihr wollt, dass euch die Leute tun
sollen, also tut ihnen auch.« (Lk 6,

31)

5. Ihre apokalyptische Vision einer
schrittweisen Islamisierung Deutsch-
lands, gesponsert von Saudischen Pet-
rol-Dollars und unabsichtlich geför-
dert von ahnungslosen Gutmen-
schen wie mir, sehe ich auch nicht
im Entferntesten als realistische Be-
drohung. Als echte Gefahr empfinde
ich hingegen die Ausgrenzung der
Muslime aus unserer Gesell-
schaft. Es ist wichtig, sie in unsere
demokratischen Prozesse noch stärker
einzubeziehen, ihnen Teilnah-
memöglichkeiten und damit echte
Heimat zu bieten. Dazu gehört auch
ein regulärer islamischer Religions-
unterricht in deutscher Sprache, wie
wir ihn in Erlangen seit Jahren for-
dern und als Pilotprojekt an zwei
Schulen eingeführt haben. Die Er-
fahrung zeigt, dass solche Schritte
eine Radikalisierung verhindern und
eben nicht fördern. Sie schaffen näm-
lich eine gemeinsame Normalität und
reißen keine Gräben auf und befesti-
gen auch keine Grenzen.

Mit herzlichem Gruß bleibe ich
Ihr

*Dr. Holger Forssman,
Pfarrer in Erlangen*

Vom Bildersturm zum Schildersturm

»Straßenschilder fallen unter die Zu-
ständigkeit der Kommunen« sagt der
Landesbischof und der Landeskirchen-
rat und beruft sich auf die lutherische
Lehre von den beiden Regierungsweisen
Gottes. Leider hat der Meiser-Schilder-
sturm an der kirchlichen Augustana-
Hochschule Neuendettelsau begonnen
und Professoren der Theologie haben
ihn zu verantworten wie 1522 Luthers
Kollege Karlstadt den Bildersturm in
Wittenberg. Welches Ende Luthers »In-
vokavit-Predigten« den Übergriffen der
Schwärmer bereiteten, müsste wenig-
stens Theologen bekannt sein. Der
Evang.-Luth. Kirche in Bayern fehlt es
aber leider an einem Prediger wie dem
Reformator und an Lehrern der Kirchen-
geschichte, die wissen, dass man eine
historische Persönlichkeit zunächst dar-
nach beurteilen muss, was sie in ihrem
eigenen Verantwortungsbereich geleistet
hat. So gesehen fällt die geschichtliche
Leistung Bischof Hans Meisers
durchaus positiv aus. Er trug die Verant-
wortung für eine Kirche in einem Volk,
das nahezu vollkommen der n.s. - Propa-
ganda ausgesetzt und verfallen war
und er konnte dennoch diese Kirche, ih-

re Pfarrer und Gemeindeglieder vor
»deutschchristlicher« Einflussnahme
bewahren, was sonst nur noch in Würt-
temberg gelang. Ihm und dem Einsatz
vieler Pfarrer und Gemeindeglieder war
es zu danken, dass der n.s. Staat seine
Gleichschaltungsmaßnahmen zurück-
nehmen musste und die Kirche »intakt«
blieb.

Dass Meiser aus heutiger Sicht auch
Fehler und Versäumnisse zu verantwor-
ten hat, haben er und alle, die im
12jähr. Reich kirchliche Verantwortung
trugen, 1945 mit dem »Stuttgarter
Schuldbekennnis« eingestanden, be-
kannt und bereut. Keine Kirche besteht
nur aus potenziellen Märtyrern!

Die Bilderstürmer von 1522-35 haben
der europäischen Kirche und Kultur
nicht wieder gutzumachenden Schaden
zugefügt. Sie wollten die 1500jährige
christliche Geschichte verleugnen und
schlugen den »Heiligen« (wenigstens
ihren Figuren) die Köpfe ab.- Die Schil-
derstürmer heute wollen die Geschich-
te der Kirche im »3. Reich« auf das Ver-
hältnis zu Juden und damals Verfolg-
ten reduzieren.- Sie hätten sicher wohl
sich selbst, die Pfarrer und die Gemein-
den zu Märtyrern gemacht, wenn ihnen
nicht die »Gnade der späten Geburt« die
Probe aufs Exempel erspart hätte.

Der kommende Sonntag Invokavit am
25.02. sollte zu Einkehr und Umkehr
rufen!

Evang. Luth. Gebetsbruderschaft, Kon-
vent Bayern, Der Älteste:

*Herwig Herr,
Pfarrer in Grafing*

Gott schickt jede Obrigkeit

zu: *Anfang ohne Umkehr in Nr. 2/07*
Bischof Meiser verhielt sich vor wie
nach 1945 nicht nur wie ein Kind sei-
ner Zeit, sondern auch als Lutheraner
seiner Zeit. Die Auseinandersetzung
Steinbauer-Meiser rührt an eine grund-
sätzliche Frage. Dazu einige Sätze,
die freilich längerer Erläuterungen bedürf-
ten. Die Belegstellen aus Luthers Wer-
ken aus der Weimaranera erspare ich mir
hier.

Luther lehrt: Jede Obrigkeit ist gott-
gegeben hinzunehmen. Der Besitz von
Macht ist das Zeichen, dass Gott sie
haben will, sie sei gut oder böse. Böse
Obrigkeit gibt Gott den Untertanen zur
Strafe. Man muss sie also hinnehmen.
Wenn es Gott will, jagt er z.B. Herzog
Heinrich vom Thron. Der Tod des Auf-
rührers Müntzer ist ein Gottesgericht.

Da kein Mensch die Zukunft voraussehen kann, muss auch ein Meiser sich den Machthabern beugen. Zumal Hitler lange erfolgreich war. »Wilcher fürst den krieg gewinnt, durch den hat got die andern geschlagen.« WA 7,685 - »Nun gut, dann war eben Gott mit den stärkeren Bataillonen. Er bedient sich der irdischen Kräfte, um sein Ziel zu erreichen« - so Heinrich Bornkamm in »Luthers geistige Welt« 1953 Dieser Linie lutherischer Theologie folgte Meiser wie fast alle lutherischen Pfarrer. Heute denken und urteilen wir anders als Meiser und Luther. Doch das ist ein anderes Kapitel. Übrigens: Wollte man alle Straßennamen und Denkmäler nur Saubermännern und -frauen zugestehen, müsste man besser die Straßennamen wie in vielen Städten der Erde durchnummerieren.

Dr. Volkmar Görnitz, Pfarrer i.R. Straubing

Die rechte Überschrift

zu: *Anfang ohne Umkehr* in Nr. 2/07
Im letzten KORRESPONDENZBLATT fand sich ein Artikel von Dekan Dr. Oechslen unter der Überschrift: »ohne Umkehr.« Ich habe an dieser Überschrift Anstoß genommen und mich an Dr. Oechslen gewandt. Er schrieb, dass diese Überschrift nicht von ihm sondern von dem Chefredakteur des Korrespondenzblattes, Dekan Martin Ost, stammt. Dazu möchte ich folgendes bemerken: Über das Verhältnis Steinbauer - Meiser zu berichten ist die eine Sache. Ein andere ist es, die Jahre nach dem Krieg im Blick auf die damaligen Ansätze der Gestaltung der Kirche nach 1945 unter der Überschrift »Anfang ohne Umkehr« zu beschreiben. Ich halte das für eine Diffamierung Meisers, aber ebenso sehr für eine Diffamierung der gesamten Pfarrerschaft der damaligen Zeit, ja auch derer, die als aktive Mitglieder der Kirche in diesen Jahren mitgestaltet haben. Sicherlich kann man von Fehlern und Fehlentscheidungen sprechen. Die sind bei jedem Menschen zu finden. Sicherlich könnte man nach den Ausführungen Dr. Oechslen Fehler auch im Verhältnis Steinbauer - Meiser erkennen. Das aber ist etwas ganz anderes als einem Christen »Anfang ohne Umkehr« vorzuwerfen, vor allem, da es ja eine ganze Generation mit einschliesst. »Umkehr« ist biblisch gesehen die Grundvoraussetzung und der Beginn

alles christlichen Lebens. Darum bedeutet eine Überschrift »Anfang ohne Umkehr« etwas Ungeheuerliches, nämlich ein Todesurteil, ein geistliches Todesurteil über einen Christenmenschen. Das wird hier gefällt, leicht und gedankenlos.

Was aber war das für eine Generation, - ich gehöre nur am Rande zu ihr -, die damals die Kirche getragen hat und über die jetzt dieses Urteil gesprochen wird? Was hatten diese Männer und Frauen 1945 erlebt, was hatten sie hinter sich gebracht? Sie kamen aus Krieg, Gefangenschaft, Flucht, zwölfjähriger Unterdrückung und Bespitzelung durch Gestapo, Diffamierungen in der Öffentlichkeit. Sie hatten Lebenserfahrungen und geistliche Erfahrungen, wie sie die gegenwärtigen im Wohlstand und Freiheit aufgewachsenen Generation nicht hat und nicht haben kann. Es ist darum ein Unrecht, in dieser Weise herabzublicken und Vergangenheit zu verharmlosen.

Überdies dürfte klar sein, dass auch eine starke Gestalt, wie Bischof Meiser es gewesen ist, einen Kurs der Kirche damals nicht allein durchsetzen konnte. Die Mehrheit von Pfarrern und Laien stand hinter ihm. Und das waren eben die Menschen, die das heute Unvorstellbare erlebt und erlitten hatten.

Man darf bei ihnen gerade um ihrer schweren Wege willen voraussetzen, dass sie für ihre damaligen Entscheidungen innere Notwendigkeiten gesehen hatten, dass ein geistliches Sensorium vorhanden gewesen ist.

Überdies weiss man heute mehr denn ja, dass es eine oder mehrere Generationen dauert, bis Geschehnisse wie sie im 3. Reich erlebt worden waren, aussprechbar und verarbeitbar werden können.

Nicht umsonst werden erst jetzt, also sehr spät, die Ereignisse des Bombenkrieges und der Flucht - jetzt ganz aktuell in Fernsehfilmen -, literarisch oder filmisch behandelt. Zuvor war das anscheinend von innen her nicht möglich gewesen. Wie sollten damals die Ereignisse so überblickbar gewesen sein, wie das heute möglich ist.

Auch die Aufarbeitung der DDR - Geschichte beginnt erst jetzt und zögernd.

Aus diesem Grunde scheint mir die gewählte Überschrift in der Tat ein grober Pharisäismus.

Ich könnte auch anfragen, was die Generation derer, die jetzt so kühl auf die Christen der Nachkriegszeit herab-

schauen, ihrerseits versäumt. Da wäre einiges zu nennen. Das aber können dann die Enkel tun.

Jedenfalls halte ich die von Dekan Martin Ost gewählte Überschrift überheblich und auch von innen her falsch.

*Johannes Münderlein,
Pfarrer i.R. Bad Kissingen*

1. *Überschriften werden vom Redaktionsteam gemacht.*

2. *Sie sind aber keine Meinungsäußerungen desselben. Der Vorwurf des »Anfangs ohne Umkehr« stammt von Steinbauer, wie aus dem Artikel hervorgeht. Mit ihm mag sich auseinandersetzen, wer das anders sieht.*

Ländliches Dekanat: Kreativität gefragt!

zu: *Ländliches Dekanat* in Nr. 3/07

Eine Verminderung der Zuweisungen zum Haushalt im Dekanatsbezirk Heidenheim um 22 % und in seinen Kirchengemeinden um rund 31 % durch den neuen innerkirchlichen Finanzausgleich ist durchaus schmerzlich. Er steht damit aber »würdig« neben den großen Städten Nürnberg und München und vielen anderen Dekanatsbezirken und Kirchengemeinden, die dieses Schicksal teilen bzw. noch wesentlich härter davon betroffen sind. Wobei die Reduzierungen sich durch die Übergangsregelung erst in fünf Jahren in voller Höhe auswirken.

Es gilt für Heidenheim wie für alle anderen *Dekanatsbezirke*, dass die geforderte *Mindestausstattung* gegeben ist. Jeder Dekanatsbezirk erhält *faktisch* so viele Zuweisungen, dass eine halbe Sekretariatsstelle und Sachkosten finanziert werden können. In den Überlegungen wird in vielen Fällen übersehen, dass durch die genaue Zurechnung des Personals, die zentrale Bewirtschaftung des theologisch-pädagogischen und des hauptamtlichen kirchenmusikalischen Personals die Dekanatsbezirke deutlich entlastet werden.

Ebenso wurde der Forderung nach einem *Sockelbetrag* im Bereich der *Kirchengemeinden* dadurch Rechnung getragen, dass alle Kirchengemeinden im Rahmen des innerkirchlichen Finanzausgleichs einen Grundbedarf von 10 Punkten unabhängig von ihrer Größe erhalten. Dies geschah insbesondere unter dem Aspekt, dass vor allem in den Kirchengemeinden »Kirche vor Ort« geschieht. Auch ist zu berücksichtigen, dass insbesondere kleinere Kirchengemeinden einen Teil ihrer bisherigen Zu-

weisung nicht zum Ausgleich des Haushalts benötigt haben, sondern teilweise erhebliche Anteile daran den Rücklagen zuführen konnten. Somit sind weder Kirchengemeinden noch Dekanatsbezirke grundsätzlich in ihrem Bestand gefährdet. Eine Änderung der Systematik ist nicht erforderlich.

Insbesondere ist die Behauptung zurück zu weisen, dass »theologische und geistliche Begründungen fehlen (und) die Frage der Identität von Kirche ... dem freien Spiel der Kräfte überlassen« sei. In dem langen und breit angelegten *Konsultationsprozess*, an dem Verantwortliche aus den Bereichen Finanzen, Verwaltung und Theologie, insbesondere auch Dekane kleiner Dekanatsbezirke beteiligt waren, wurden alle in der Heidenheimer Stellungnahme vorgebrachten Argumente nicht nur einmal ausführlich abgewogen, wodurch das ursprünglich wesentlich schlichtere Modell mehrfach modifiziert wurde (z. B. bzgl. kleinerer Kirchengemeinden und der zentralen Orte ebenso wie für die Diaspora). Weshalb auf diese Weise eine »Zwei-Klassen-Kirche« entstehen sollte, ist nicht nachvollziehbar. Insbesondere ist auch die Behauptung, dass die Kirche im ländlichen Raum stärker in der Krise stehe, nicht belegt und nicht belegbar. Wie wir in dem Konsultationsprozess immer wieder feststellen mussten, stellen sich im städtischen wie im ländlichen Bereich *soziologische Probleme*, die in der Ausprägung zwar unterschiedlich sind, in der Bewältigung aber vergleichbare Schwierigkeiten aufwerfen und in der Regel personalintensiver Lösungen bedürfen.

Auf die Herausforderungen, die dadurch entstehen, muss überall mit viel Kreativität, intensiver Zusammenarbeit und engagiertem Werben um Unterstützung reagiert werden. Die Landeskirche kann dabei nur beratend zur Seite stehen und die vielerorts in Gang gesetzten Prozesse der Konsolidierung allenfalls einmalig und punktuell mit Zuschüssen unterstützen. Dazu sind mehrere leistungsfähige Fonds eingerichtet worden.

Durch die Novellierung der auf die Kirchengemeindliche Arbeit bezogenen Rechtsvorschriften ist gerade die Optimierung des Arbeits- und Zeiteinsatzes durch neue Formen der Zusammenarbeit in den Vordergrund gerückt. Kirchengemeindeordnung und Dekanatsbezirksordnung, aber auch die Verordnung zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen geben hier Gestal-

tungsspielraum. Hiervon sei nur ein Punkt ausgeführt, der ausdrücklich angesprochen wurde: Die Führung der Gabenkassen kann seit 1. Oktober 2006 auf die Verwaltungsstellen übertragen werden, richtiger Weise sind sie sogar in die Kirchengemeindekassen zu integrieren. Allein dadurch entsteht eine nicht unerhebliche Entlastung im Sekretariatsbereich.

Es ist insgesamt festzustellen, dass nachweislich alle Kirchengemeinden, die zuvor im Vergleich mit anderen Kirchengemeinden gleicher Größenordnung höhere Stellenzuweisungen als im Landesstellenplan ursprünglich ausgewiesen, erhalten hatten, nun folgerichtig durch den neuen innerkirchlichen Finanzausgleich weniger Mittel zugewiesen bekommen. Der Landesstellenplan ist in der Vergangenheit nur erhöhend fortgeschrieben worden. Die Stellenausweitungen erfolgten zwar mit nachvollziehbarer Begründung, aber ohne einheitliche oder planmäßige Kriterien.

Die geforderte, gottesdienststellenbezogene Finanzierung von Personal ist landeskirchenweit nicht finanzierbar (und in dem beschriebenen Umfang vielfach nicht erforderlich!) und führt zu einem unflexiblen System, bei dem kirchliche Angebote nicht mehr auf ihre Relevanz hin überprüft werden, da dadurch Stellen gefährdet würden, die finanziert sind. Dies steht den leitenden Grundsätzen des neuen Systems diametral entgegen, die von einem selbstanpassenden, flexiblen System der Zuweisungen ausgehen.

Das beschriebene hohe ehrenamtliche Engagement hingegen ist vorbildlich. Hier werden viele Erfahrungen gemacht, die für die weitere Entwicklung in anderen Bereichen unserer Landeskirche von exemplarischer Bedeutung sein werden, da die ehrenamtliche Beteiligung dort noch nicht so gut entwickelt ist. Langfristig können die vielfältigen kirchlichen Angebote aber – wie in dem Artikel aufgezeigt wird – nur durch engagierte Ehrenamtliche aufrecht erhalten werden. Für freiwilliges Engagement zeitlicher, finanzieller oder ideeller Art zu begeistern, dient dabei gleichzeitig der Gemeindeentwicklung und führt zu einer besseren, da von größerer Überzeugung getragenen Bindung der Gemeindeglieder. Für eine Unterstützung in diesem Bereich plant die Landeskirche ein Kompetenzzentrum Fundraising und hat 2002 die Landeskirchenstelle bereits mit der Beratung

und Unterstützung betraut und Stellen dafür geschaffen.

Es ist dabei äußerst erfreulich, wie konstruktiv z. B. – neben vielen anderen – die eingangs genannte Gesamtkirchengemeinde Nürnberg, die durch die Veränderungen des innerkirchlichen Finanzausgleichs und des Stellenplans mindestens in gleicher Weise gefordert ist, mit den geschilderten Herausforderungen umgeht. Durch die Inanspruchnahme von Beratung insbesondere durch die Gemeindeakademie und die Einführung eines Immobilienmanagements (gefördert als strukturelle Maßnahme aus Mitteln der Landeskirche) sowie durch hohe individuelle Anstrengungen und Disziplin aller Beteiligten konnten bereits ein weitgehend ausgeglichener Haushalt und ein Konzept für die Weiterarbeit in den nächsten Jahren vorgelegt werden. Es kann daher kein Zurück hinter die beschlossene Finanzierung geben, insbesondere nicht dahingehend, dass wieder starre Strukturen geschaffen werden.

Heidenheim hat durch die Bemühungen um die Wiederbelebung des dortigen historischen Klosters, die zu strukturellen Verbesserungen in der Region führen sollen, in erheblichem Maße landeskirchliche Förderung materieller, personeller und ideeller Art erhalten, sodass die einseitige geführte Klage hier besonders erstaunt und schmerzt!

*Wolfgang Janowsky,
Leiter der Landeskirchenstelle,
Ansbach*

Odelfränkisch

zu: Letzte Meldung in Nr. 3/07

Sehr geehrter Herr Dekan Ost, während die »Letzte Meldung« in unserem **KORRESPONDENZBLATT** meistens zum Lachen und Schmunzeln verführt, hat man Ihnen für die neueste Ausgabe ein völlig unpassendes Zitat zugemogelt. Ein zweiter Schreibfehler im Wort »oderfränkisch« hätte die Sache richtig bezeichnet: »odelfränkisch« oder »Gossen-Dialekt.« Zur Sache: Ich bin in einem kleinen oberfränkischen Dorf geboren und aufgewachsen und mit dem Dialekt meines Dorfes und mit dem Dialekt-Unterschieden zu den Nachbardörfern so vertraut, dass ich bis heute in meiner Heimat mit den Angehörigen und Bekannten selbstverständlich meinen angestammten Dialekt spreche, weil es halt einfach ein feiner Dialekt ist – im Unterschied zu Ihrer Letzten

Meldung: Ich habe auf dem Dorf niemals erlebt, dass jemand so abfällig über Veilchen oder andere Blumen oder Bäume oder die Erde auf der Wiese und auf dem Acker geredet hat wie in diesem Zitat. Auf der Straße kann Dreck liegen – an den Schuhen kann Dreck sein – das war es dann schon. Sogar der Misthaufen auf jedem Bauernhof vor dem Stall-Eingang hieß einfach Misthaufen und musste vor dem Ausbringen aufs Feld schön angelegt sein. Das war kein abfälliges Wort wie heute im Vokabular von parlamentarischen Oppositionen. Für den Mist wurde auch nie das andere Wort genannt, ohne das man im Nachkriegs-Deutschland nicht als moderner Dichter gegolten hätte. Fazit: Die Letzte Meldung entspricht dem unteren Bereich des IQ – feiner ausgedrückt: Es ist sub-optimal – ich freue mich auf bessere fränkische Zitate im Korrespondenzblatt.

Mit freundlichen Grüßen Ihr

*Friedrich Gunsenheimer
Pfr./StD, beides i.R., z.Zt. u.a. Coach
von zwei Enkelkindern*

Mit Collar und Clubschal

An St. Pauli eindruckliche Worte über die »Starken« und die »Schwachen«, aber Freiheit und die Freiheit begrenzende Liebe im Römerbrief und Korintherbrief musste ich denken, als ich in der Faschingssendung aus Veitshöchheim unseren Oberhirten, angetan mit einem violetten Collar und einem Fanschal des 1. FCN habe tanzen sehen.

An und für sich nichts Unerlaubtes. Natürlich nicht!

Ob dabei aber auch ein Gedanke an die »Schwachen« verschwendet wurde?! Und die gibt es in unsern Gemeinden doch nicht nur vereinzelt, sondern in großer Zahl! Und gerade sie sind oft die Treuesten. Und die »Starken« werden sich deswegen (hoffentlich) nicht von der Kirche abwenden, denn dazu ist ihnen die Hierarchie einfach nicht wichtig genug.

*Horst Wagner, Pfarrer i.R.,
Feuchtwangen*

Bericht

Jesus Christus – Mitte der Kirche. Eine Provokation

Ein Studientag mit Prof.

Klaus Berger

Der Arbeitskreis für evangelistische Gemeindegemeinschaften hatte eingeladen, und an die 65 Teilnehmer/innen waren ins Amt für Gemeindedienst gekommen. Mag sein, dass für jede/n etwas anderes provozierend war; aber ganz ohne Provokation wird kaum jemand diesen Tag überstanden haben. Darum – ohne Wertung – die Ergebnisse eines leidlich routinierten Stenographen, die Klaus Berger nach Lektüre als »voll und ganz in seinem Sinne wiedergegeben« bezeichnet hat.

Pfr. Dr. Thomas Popp stimmte ein durch seine Andacht: Es gelte, Christus nicht nur im Kopf zu haben, entscheidend sei die existentielle Christusbeziehung. »Jesus Christus ist die Mitte der Schrift; in ihm erschließt sich die Schrift.« Wir hätten oft das Problem der fehlenden Mitte. Also: Konzentration zur Mitte, zum Wesentlichen! Im NT rücke Jesus die Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, in die Mitte, besonders (und buchstäblich) die Kinder. Johannes der Täufer: »Der ist in eure Mitte getreten, den ihr nicht kennt.« Immer wieder im NT das griechische Wort »mésos«, besonders auch bei der Kreuzigung (»in der Mitte aber Jesus«) und der Auferstehung (»er trat mitten unter sie«). Und das Fazit: »Jesus verortet die Jünger in sich als Mitte. Und diese Mitte führt nicht zur Selbstfixierung, sondern zur Mission, zur Evangelisation.« Und dann – von den meisten mit Spannung erwartet – das Referat von Professor Berger. Schwerpunkte in der Berichterstattung zu setzen ist schwer, vielleicht nicht einmal statthaft. Darum – zum Herausfinden, wodurch man/

Liebe Leserin, lieber Leser!

»Snail-mail«, »Schneckenpost« nennen manche verächtlich die Übermittlung von Briefen auf dem traditionellen Weg per Papier und Bote/Botin. Ich staune immer noch, wenn meine Gedanken, eben auf dem Bildschirm sichtbar geworden, im nächsten Moment ihren Adressaten schon erreicht haben...

...obwohl es manchmal besser gewesen wäre, vor dem »Senden-« noch den imaginären »Bedenken-«knopf geklickt zu haben - nicht immer sind die ersten auch die besten Gedanken. Und manches spontane Wort ist nicht nur frisch, sondern unreif. Es hilft auch, wenn man wenigstens die Rechtschreibung noch mal prüft und auf eine gewisse äußere Form achtet, ja, inzwischen kann man sogar in den einschlägigen Ratgebern lesen, dass dies auch bei E-mails angebracht sei.

Praktisch ist es schon: zwei Verzeichnisse mit Pfarrämtern und Emeriti und mit wenigen Klicks haben sie alle das Konferenzprotokoll – als wären sie alle dabeigewesen...

Praktisch wäre es – wenn nicht Manche ständig ihre Adressen ändern würden. Keine Sendung ohne Dämon – (Daemon), der mir dies und jenes wieder zurückschickt, »unzustellbar«. Ja, der Bote, die Botin schickt auch manches zurück und manchmal auch Sendungen, die jahrelang an dieser Adresse zustellbar waren, die Post ist auch nicht mehr, was sie zu meiner Oma Zeiten war, als die noch »amtsbekannt« als Straßenbezeichnung aufschreiben und unerschütterlich hoffen konnte, dass der Brief ankommt. Aber wenigstens bleibt die reale Adresse gleich über Jahre. Virtuell wird ständig umgezogen. Ja, ich, weiß: Spam. Aber die Drucksachen, die meine Zeitung und Post aufblähen, muss ich auch in den Papierkorb werfen und muss ihn real ausleeren, da ist E-Mail komfortabler. Wie wäre es denn mit einer elkb-Adresse? Eine Erleichterung wäre es allemal. Und meist funktioniert sie auch!

Ihr

Martin Ost

frau sich selbst provozieren lassen möchte – eine schlichte Aneinanderreihung von (fast) wörtlich mitgeschriebenen Passagen.

Es ging dem Referenten grundsätzlich um die »Provokationen, die von Jesus ausgehen.« Denn: »Wir drehen uns gern um unsere eigene Mitte.« In vier Hauptpunkte gliederte Berger das Thema.

I. Die Provokationen Jesu.

Das Fremdartige an Jesus ist womöglich ein Symptom unserer Armut. Jesus ist nicht »Religionsrebell«; er will eine Umkehr der Herzen, eine neue Sensibilität für Gottes Handeln. Die Menschwerdung Gottes in Jesus, sein Tod und seine Auferstehung – das ist die »Mutter aller Provokationen.« Also: Nicht »Rebellion«, sondern diese drei!

1. Die Forderungen Jesu sind provozierend.

»Wer mein Jünger sein will, soll sein Kreuz auf sich nehmen« (d.h. nicht, sich kreuzigen lassen!) Das Kreuz auf sich nehmen heißt, den Weg der Schande auf sich nehmen. Kreuzigung war die schändlichste Hinrichtungsart (vornehme Leute ließen sich in Rom enthaupten!), weil es ein Weg der Schande ist, nicht etwas, was Ehre bringt. – Was weiter an den Forderungen Jesu provoziert: »Wer der erste sein will, soll der Diener aller sein.« Jeder Landesbischof sollte jeden Tag von 8 – 10 Uhr im Krankenhaus Dienst tun und die Leute von der ... befreien. – Eine weitere Provokation: der totale Abschied von Vergeltung und Rückerstattung in dieser Welt.

2. Die Provokation durch das, was Jesus zu sein beansprucht.

Das Johannesevangelium ist historisch absolut nicht wertlos. »Ehe Abraham ward, bin ich.« In Jesus ist Gottes *lógos* anwesend, in ihm ist Gott anwesend. Markus 11: Ein Esel, auf dem noch niemand gesessen hat: Jesus ist der Herr und Schöpfer, er hat ein Anrecht drauf. Verfluchung des Feigenbaums: Der Schöpfer ist keinem, auch keiner Ökonomiepartei, Rechenschaft schuldig, was er mit seiner Kreatur macht. Die Salbung Jesu bei Markus: »Arme habt ihr allezeit bei euch, mich nicht.« – Entweder ist Jesus Gott – oder er ist verrückt. Menschen im Mittelalter haben Kathedralen gebaut, obwohl sie in Hütten wohnten, um damit anzudeuten, dass die Menschen für das Himmelreich bestimmt sind und nicht für die Hütte.

3. Mit welchen Leuten Jesus Kontakt hat.

Mit den Kindern (im Ansehen sind sie eine Randgruppe). Wie sie das Reich Gottes mit großen und staunenden Augen erwarten, alles erwarten – man bekommt es geschenkt. – Mit Zöllnern (Steuereinnehmern) und Sündern. Er geht mit ihnen nicht um aus Mitleid mit Randgruppen, sondern um zu zeigen, dass auch sie dazugehören, weil er alle erreichen will.

4. Was Jesus tut oder erleidet:

- Er erweckt Tote zum Leben (Lazarus). Wenn Jesus der Schöpfer ist, kann er auch Blindgeborene zum Sehen und Tote zum Leben bringen. Das ist ein Skandal, auch im Johannesevangelium.
- »Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert.« Das widerspricht jeder Familienpolitik (s. etwa Frau von der Leyen).
- Die Gleichnisse hat Jesus erzählt, damit die Außenstehenden immer blöder werden, immer weniger kapierten (s. Mk 4,12 par). Der Jesus der Gleichniserzählungen mit skandalösen Elementen. Etwa: Der Bräutigam, der zu spät kommt und sich nicht entschuldigt, oder der kapitalistische Ausbeuter mit seinen Sklaven: »Das anvertraute Pfund hättest du nicht im Garten verstecken dürfen!« Wer nicht hat, dem wird auch, was er hat, genommen werden (»Ultra-Kapitalismus«); das sagt er, um die Menschen zu provozieren. »Lasst es doch mal stehen, dass Gott Lauwarmes nicht will, sondern das Äußerste fordert, weil er die Gesundheit des Menschen will!« Der ungerechte Verwalter (Luk 16) ist immer wieder in höchstem Maße anstößig. Was ist die Mitte? Gottes Gegenwart in Jesus Christus. Unser Gott hat ein großes Herz und will Menschen, die sich anstecken lassen von diesem großen Herzen.

5. Was Jesus schätzt und lobt:

... Wo sieht Jesus das Endgültige? Die Sünde gegen den Heiligen Geist – wenn man die Gottessohnschaft Jesu bezweifelt.

6. Wie Jesus mit manchen Leuten umgeht:

Lukas 7: Die Sünderin. Frau, die einen schlechten Ruf hat und mit ein paar Kostproben anfängt. »Viel vergeben, weil viel geliebt.« Sie gehört durchaus zu den Leuten, die sich ihm missver-

ständig annähern. »Ich habe die Freiheit Gottes und darf dies als Liebe werben.« Hier wird die Freiheit Gottes sichtbar über alle Moral.

7. Menschwerdung, Tod und Auferstehung Jesu als »Mutter aller Provokationen.«

Es gibt nur einen Gott, wo doch so viele Dinge sind, die so göttlich tun; Gott will mit Menschen zu tun haben und wird Mensch – unfasslich! Ebenso dass Gott Brot wird im Abendmahl und sich nicht davor zurückzieht, weil er uns ganz will und nicht nur unseren Verstand. Bis zum Tod hält Jesus der Botschaft stand, dass Gott uns liebt.

Die Auferstehung ist die Revolution des gesamten Kosmos bisher, die totale Alternative zur bisherigen Ordnung der Welt. Wenn das wahr ist, hat alles einen anderen Sinn.

II. Eine Anmerkung zum Impulspapier der EKD »Kirche der Freiheit«

Hier soll eine Reform ohne den Herrn der Kirche durchgeführt werden. Zwölfmal steht da (bei jedem »Leuchtfener«) »Gottvertrauen« – aber wo ist die Christologie, die Pneumatologie, wo ist die Trinität? In diesem Papier herrscht ein technokratisches Vokabular und Denken; mit der Kirche wird wie mit einem Betrieb umgegangen.

III. Was würde sich ändern, wenn Jesus Christus tatsächlich die Mitte der Kirche wäre?

1. Es fehlt oft das Wort »apostolisch«; es geht nicht mehr um die Rückbindung an die apostolische Tradition. Die Apostel verbinden doch mit Jesus Christus! (Von Gott und von Gottvertrauen redet ja auch das Alte Testament!)
2. Eine trinitarisch orientierte Kirche. Das ist ja der Unterschied zum Judentum und zum Islam. Unaufgebbar: die Persönlichkeit Gottes!
3. Eine Kirche, in der Jesus Christus die Mitte ist, ist sakramental orientiert (und die Sakramente sind nicht mit den Kasualien identisch!) Den Wortgottesdienst haben wir auch mit den Juden gemeinsam!
4. Eine Kirche, in der Jesus die Mitte ist, orientiert sich an der von Jesus ausgehenden Vollmacht: Kranke zu heilen und Dämonen auszutreiben (das ist heute ein besonders blinder Fleck!), Vollmacht zu taufen, Sünden zu vergeben, Abendmahl zu fei-

ern.

5. Eine sich an Jesus orientierende Kirche orientiert sich an Menschwerdung, Tod und Auferstehung Jesu. Die Frage, wie gehe ich mit meinen Sehnsüchten um (so eine der Grundfragen bei Anselm Grün) ist wichtig – aber Tod und Auferstehung sind dort nicht dabei! (oder unterbelichtet? G.N.)
6. Orientiert am Heiligen Geist. Seine Vernachlässigung ist eine Vernachlässigung in der Theologie, besonders beim Aufbrechen der charismatischen Bewegung (s. Südamerika).
7. Den Ungeist der Spaltungen in der Christenheit nicht verwechseln mit den Kräften des neuen Äons, die dem einen Herrn und dem einen Geist verpflichtet sind. (Ränge wie die von Oberkirchenräten und Weihbischöfen sind nicht wichtig; es geht um die neue Schöpfung!)
8. Eine Kirche, in der Christus die Mitte wäre, wäre eine missionarische Kirche. Mission muss auf Unterscheidung zählen. – Der Slogan »Alle Menschen sind Kinder Gottes« ist nicht mehr als eine Stammtischmeinung.

IV. Welche Konsequenzen hätte dieser Ansatz für die Spiritualität?

1. Viele Pastoren beider Konfessionen sind ausgebrannt. Unabdingbar ist ein intensives Verhältnis zwischen Auslegung und Gebet. Ein Text darf erst dann ausgelegt werden, wenn ich ihn beten kann. Die historisch-kritische Exegese kann nur Zwischenstation sein, nie das Ende der Auslegung des Textes.
2. Eucharistische Frömmigkeit à la Taizé (»Zisterzienser light«). Ökumene auf Grund von tiefer Frömmigkeit; aber auch der soziale Aspekt ist mit eingeschlossen.
3. Die Frömmigkeitsform des Kreuzweges. Spannung zwischen Aktion und Passion.
4. Die provokativen Züge in der Spiritualität. Es geht um die Konfrontation unserer eigenen Erwartung, Gewohnheit und Praxis im kirchlichen Leben mit dem, was Jesus tut und verkündet. In Anlehnung an die Improperien des Karfreitags: »Ich schenke dir alles, und du machst mich nur lächerlich...«

Schlussatz: Nicht wir sind in der Kirche, sondern die Kirche ist in uns.

Und nun noch einige Notizen

aus der halben Stunde, die für Rückfragen und Gespräch blieben:

Was ist zum Kreuz Jesu als Opfer zu sagen?

Nur eine Annäherung: Opfer ist sichtbare Anerkennung Gottes. Der Gesang im Gottesdienst etwa ist das Lobopfer der Gemeinde. Nicht, weil Gott das braucht, sondern weil wir das brauchen. Zu einem ausgelebten Leben gehört der Blumenstrauß (auch auf dem Altar!) – dieses scheinbar überflüssige Zeichen bedeutet schlicht Anerkennung. Mk 10,45: »... dass er sein Leben einsetze für viele« (nicht nur der Tod, sondern das ganze Leben!) Jesus setzt sein Leben für uns ein, verkündet uns die Botschaft, er steht für uns gerade vor Gott. Sind die Ich-bin-Worte Jesu keine echten Worte Jesu? – Man kann nicht zwischen echten und unechten Worten Jesu unterscheiden; es gibt 1000 Argumente dafür und dagegen. Wichtiger ist die Frage der Inhalte und nicht die Echtheit. Es ist nicht die Selbstvorstellung eines Toten, vielmehr ist Jesus derjenige, der Gott unter den Menschen repräsentiert.

Geschöpf Gottes – Kind Gottes

Da Glaube wirklich eine Gabe Gottes ist, kann man Gott zutrauen, dass er ihn hineinlegt, auch wenn man ihn noch nicht sieht. (Mit 14 Jahren kann man sich doch nicht für etwas entscheiden, was man nicht kennt!)

Die »Befreiung von Sünde, Tod und Teufel« ist biblisch gesehen nicht die »Freiheit, zu tun, was man will.« Durch die Taufe wird das Kind zum Eigentum Gottes (Vergleich aus dem antiken Giro-Wesen) und unter seinen Schutz gestellt.

Ökumene (katholischer Priester nahm offiziell in liturgischer Amtstracht am evangelischen Abendmahl teil).

Fehlgeleitete Rechthabereien; eine Kirche will immer reformierter sein als die andere. Oft spaltet sich wegen immer neuer Kleinigkeiten eine neue Kirche ab. So viel konkrete Einheit wie möglich! Das Gebet Jesu »dass alle eins seien« ist bezogen auf ein wirklich glaubwürdiges Zusammenleben.

Jede Reform, die die Spaltung vergrößert, ist fehlgeschlagen. Auch Martin Luther wollte keine Trennung der Kirche. Es geht um eine Reform aus der Tiefe, die sich an den neuen Äon orientiert.

Eine Rückkehr in die Urkirche ist ein Wahnsinn; damals war auch ein Hauen und Stechen! Die Exkommunikation eines Priesters ist nicht hilfreich, aber auch nicht die Vorwegnahme der Einheit in einem Ego-Trip.

Die Wirklichkeit der Engel:

Das ist eine Frage des Verhältnisses von Gott und Mensch, ein göttliches Eingreifen lichtvoller Mächte. Es hilft unserem Glauben auf, der sonst fast stumm wäre. Nicht dass es physikalisch eins zu eins wahr sein muss; aber durch die Engel wird es leichter, sich das Handeln Gottes in der Welt vorzustellen. Der Wandel des Weltbildes ist unabhängig von der Ausstattung des Himmels!

Es gibt vier Zimmer der Wirklichkeit

Zimmer 1:

Hier hat der ICE seinen Platz, Tabletten aus der Apotheke – kurz, das ganz normale äußere Leben mit Ursache und Wirkung

Zimmer 2:

Hier geht es um Wertvorstellungen; dass der Mensch eine Würde hat; wann menschliches Leben entsteht; wie Menschen am besten miteinander leben können.

Zimmer 3:

Das ist der Raum für Ästhetik, Mozart, das Schreiben von Liebesbriefen. Was ist schön, was erfreut des Menschen Herz?

Zimmer 4:

Die geistliche Wirklichkeit, ja, die Konzentration von Wirklichkeit. Die Realität von Gott, Seele und Tod. Erfahrung der Gegenwart Gottes. Die Wunder. Fest, Vollmachtswort, Segen, Spendeworte der Sakramente, mystische Wirklichkeit. Konzentration, Verwandlung, Gebet. Sinn von Leben und Tod. Und schließlich die Frage: Ist der Tod endgültig ... usw.

*Pfarrer i. R. Gerhard Nemeč,
Veitsbrunn*

Postvertriebsstück
Dt. Post AG
Entgelt bezahlt

Pfarrer- und
Pfarrerinnenverein
Rinnig 8
96264 Altenkunstadt

Ankündigungen

Evang. Bildungszentrum Hesselberg

■ Meditation und Schweigen am Hesselberg

16.05.07 (18.00 Uhr) – 20.05.07 (13.30 Uhr)

56. Bayerischer Evangelischer Kir- chentag auf dem Hesselberg

»Senfkorn, Salz und Sauerteig«

Mo, 28.05.07, 10.00 – ca. 17.00 Uhr

Am Pfingstmontag findet auf dem Hesselberg der traditionelle Kirchentag statt. Er beginnt mit einem festlichen Gottesdienst. Parallel dazu werden ein Krabbelgottesdienst und der Kinderkirchentag auf einem eigenen Gelände veranstaltet. In der Mittagszeit gibt es ein buntes Programm mit Diskussionen, Musik und der »Speisung der 10.000«. An vielen Marktständen wird ein breites Spektrum kirchlicher Arbeit

gezeigt. Bei der Hauptversammlung am Nachmittag wird das Thema noch einmal anders aufgeschlüsselt und unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet. Genauere Informationen erteilt gerne das Dekanat in Wassertrüdingen.

Referenten: Bischof Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender der EKD; Dr. Johannes Friedrich, Landesbischof der Evang.-Luth. Kirche in Bayern; & Dr. Günther Beckstein, Staatsminister des Inneren

Leitung: Dekanat Wassertrüdingen

■ Straße und Stille extrem »Zur Mitternachtssonne – Finnland und Norwegen«

02. – 14. 06.07 (12 Tage)

Motorradfahrer können gemeinsam mit Pfarrer Bernd Reuther beeindruckende Landschaften entdecken. Im Osten Finnlands fährt man zwischen endlosen Wäldern und unzähligen Seen, in Norwegen zwischen Fjorden und Gletschern. Viel Stille, viele tiefe Eindrücke und eine Erfahrung der eigenen Grenzen und Möglichkeiten bietet diese Reise. Einzelprospekt erhältlich.

Verbindliche Anmeldung bis spätestens 27.04. **Preis** inklusive der beiden »großen« Fahren, den Übernachtungen, der Reiseleitung und dem Abschluss am Hesselberg: 890,- Euro; Gesamtstrecke ca. 6.500 km

Leitung: Pfarrer Bernd Reuther

■ Grundkurs Glaube 4: Ecce homo. Was ist das christliche Menschen- bild?

15.06.07 (18.00 Uhr) – 17.06.07 (13.30 Uhr)

■ Geh aus, mein Herz, und suche Freud

Paul-Gerhardt-Seminar (nicht nur) für Emeriti mit viel Natur, Musik und Theologie auf dem Hesselberg

19.06.07 (18.00 Uhr) – 22.06.07 (13.30 Uhr)

Letzte Meldung

»Für den Dekanatsausschuss sind 2 Ordinierte und 7 Nicht-Orientierte zu wählen.«

*Was alles passiert, wenn man nicht
»Laie« sagen will...
gehört auf einer Dekanatsynode*

Fortbildung für KirchenvorsteherInnen:

■ Mein Bild von Kirche, Gemeinde, Gemeinschaft

22.06.07 (18.00 Uhr) – 24.06.07 (13.30 Uhr)

■ EPL – Gesprächstraining: Den richtigen Ton finden

22.06.07 (18.00 Uhr) – 24.06.07 (15.00 Uhr)

■ Erbarme dich meiner

Übung des Herzensgebetes und Lektüre von alten Texten zum Herzensgebet

13.07.07 (18.00 Uhr) – 15.07.07 (13.30 Uhr)

■ Motorrad – MännerLeben

19.07.07 (18.00 Uhr) – 22.07.07 (10.00 Uhr)

■ Fit in 8 Tagen

05.08.07 (18.00 Uhr) – 12.08.07 (10.30 Uhr)

■ Vorbereitungstagung zur Bibel- woche 2008

11.09.07 (14.00 Uhr) – 14.09.07 (13.30 Uhr)

Kontakt: Evang. Bildungszentrum Hesselberg, Hesselbergstr. 26, 91726 Gerolfingen, Tel. 09854/10-0 Fax: 09854/10-50, E-Mail: info@ebz-hesselberg.de

Impressum

Schriftleitung: Martin Ost, Kirchplatz 3, 97348 Markt Einersheim, Tel. 0 93 26/9 99 80, Fax 9 99 82, eMail: Martin.Ost@t-online.de in Gemeinschaft mit Karin Deter (Nürnberg), Rosemarie Leipolz (Erlangen), Bernd Seufert (Nürnberg).

Erscheint 11mal im Jahr (außer September) jeweils zum Monatsanfang.

Den Text finden Sie auch auf der Internetseite

www.pfarrverein-bayern.de

Redaktionsschluß ist der 15. des Vormonats.

Anzeigen und Druck: Freimund-Druckerei Neuendettelsau, Ringstr. 15, 91 564 Neuendettelsau, Tel. 0 98 74 / 6 89 39-0, Telefax -99.

Bezug: Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 4,60 Euro einschließlich Postzustellgebühr. Bestellung über den Pfarrer- und Pfarrerinnenverein in Bayern. Änderungen der ständigen Anschrift (bei Wechsel der Wohnung) – auch von Mitgliedern des Pfarrer- und Pfarrerinnenvereins – sind zu richten an den **Herausgeber:** Pfarrer/innenverein in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern e.V., Pfarrer Klaus Weber, Rinnig 8, 96 264 Altenkunstadt, Telefon 0 95 72/79 05 00, Fax 79 05 01, e-Mail: info@pfarrverein.de